

Kersten Naumann

leitet den Petitionsausschuss

Hüseyin Aydin erinnert sich
an Kampf um Rheinhausen

Eva Bulling-Schröter

überrascht die Bayern

clara.

Das Magazin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag · Nr.4 · 07



Zeit für Neues:
DIE LINKE wird die Verhältnisse ändern

Gregor Gysi: Freiwillige Vereinigung bei den Linken	3
Foto des Monats: Menschen vor Profite	4
Die jungen Wilden: Was die U-35 der Linksfraktion fordern	6



Studierendenverband gegründet: Mitternacht war es vollbracht	8
Fausto Bertinotti: Linke wollen reale Alternative sein	9
Das Fundament wächst nach: Pilotphase der Linksfraktion beendet	10
Lothar Bisky: Der stille Regisseur	12
Hüseyin Aydin: Arbeitskampf damals und heute	14



Eva Bulling-Schröter: Tingeln für das Klima	16
Al Gore: Mister Maybe	18
Webseite der Linksfraktion: Cyberspace statt Schwarzer Kanal	20
Kersten Naumann: Geachtete Thüringerin ist Ausschussvorsitzende	22



Geballte Faust als Markenzeichen: Der Fußballstürmer Lucarelli	24
Die Kehrseite des Profits: Film »Der große Ausverkauf« klagt an	26
Staat macht Reiche reicher: Unsoziale Unternehmenssteuerreform	27
Linke Gewerkschafterin mit Hoffnungen: Fanny Zeise	28
Gesine Lötzsch: Auf den Spuren der Interbrigadisten	30

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227 51170
Fax: 030/227 56128
fraktion@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
(Anschrift wie Herausgeberin)
Redaktion: Frank Schwarz
Layout und Satz: DiG/Plus GmbH, Berlin
Druck: MediaService, Berlin
Redaktionsschluss: 4. Juni 2007
Clara im Abonnement:
www.linksfraktion.de/bestellformular.php



Freiwillige Vereinigung von Ost und West bei den Linken

Mit überwältigenden Mehrheiten sprachen sich die Mitglieder der Linkspartei.PDS und der WASG in getrennten Urabstimmungen für eine Vereinigung der beiden Parteien aus. Damit ist der Weg für ein Zusammengehen der beiden linken Parteien auf dem Gründungsparteitag am 16. Juni 2007 in Berlin geebnet.

Erstmals im Zusammenhang mit der deutschen Einheit werden sich zwei Parteien, die eine vornehmlich aus dem Osten, die andere vornehmlich aus dem Westen, auf gleichberechtigter Basis vereinigen. Das hat sowohl der Linkspartei.PDS als auch der WASG bei den Diskussionen über eine gemeinsame Programmatik, Statut und Wahlen einiges an Kompromissen abverlangt, und beide Parteien haben sich aufeinander zu bewegt. Die Gleichberechtigung drückt sich auch darin aus, dass die neue Partei zunächst von zwei Vorsitzenden, Lothar Bisky von der Linkspartei.PDS und Oskar Lafontaine von der WASG, angeführt werden wird, natürlich ihre Wahl vorausgesetzt.

Bei den anderen Parteien verlief der Zusammenschluss über einen Beitritt der Ostableger von Union, SPD, FDP und Grünen durch die jeweils dominierenden Westparteien. Nur bei der Linken fand ein Prozess statt, bei dem die unterschiedlichen Herkünfte, die unterschiedlichen Kulturen und Mentalitäten und die unter-

schiedlichen Erfahrungsschätze aus dem Westen und aus dem Osten in ein gemeinsames, gesamtdeutsches Projekt einer Partei mündeten.

In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger existiert die Partei DIE LINKE bereits. Über 4,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger wählten im September 2005 die Linkspartei mit 8,7 % der Stimmen, auf deren Listen sich auch Kandidatinnen und Kandidaten der WASG zur Wahl in den Deutschen Bundestag stellten. In der gemeinsamen Fraktion Die Linke. nahmen die Abgeordneten die Fusion durch eine Zusammenarbeit in der Opposition bereits vorweg. In ihrer konsequenten Haltung gegen völkerrechtswidrige Kriegseinsätze nicht nur der Bundeswehr und durch ihr Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit, für Steuergerechtigkeit und die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen gegen die neoliberalen Parteien im Bundestag hat DIE LINKE bereits Einfluss auf die Politik dieses Landes gewonnen.

Die Diskussionen um den gesetzlichen Mindestlohn, von der LINKEN im Bundestagswahlkampf gefordert, von den anderen Parteien damals zurückgewiesen, gehört heute zu den aktuellen Streitthemen in der großen Koalition und setzt die SPD unter erheblichen Druck, dem sie ohne die Linke nicht ausgesetzt wäre.

Die Existenz einer linken Bundestagsfraktion und ihre Öffentlichkeitsarbeit haben auch dazu beigetragen, dass die gemeinsame Linke nach den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven erstmals in einem westdeutschen Landtag vertreten ist. Das Bremer Wahlergebnis von 8,4 % wird die Parteienlandschaft nachhaltig verändern, denn mit der Wahl in einen westdeutschen Landtag ist DIE LINKE endgültig aus dem Schatten einer reinen Ostpartei herausgetreten. Sie ist und sie wird zunehmend auch in Westdeutschland zu einer wählbaren Alternative jenseits des neoliberalen Mainstreams.

Mit der Bildung einer gemeinsamen linken Partei jenseits der neoliberalen Parteien wird dieses Land ein Stück weit normaler und europäischer. Es liegt an der LINKEN selbst, mit ihrer Rolle verantwortungsvoll umzugehen und sich für eine Politik im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung zu streiten.

Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE

2. Juni 2007



Katja Kipping fordert vor Zehntausenden bei der Kundgebung gegen den G8-Gipfel am Rostocker Stadthafen:

- JA zu einem transparenten Schuldenerlass, ■ JA zu mehr Geld in Entwicklungszusammenarbeit,
- JA zu erneuerbaren Energien,
- JA zu friedlicher Konfliktlösung und Abrüstung, ■ JA zu einer anderen Welt! Zu einer Welt, in der gilt: Menschen vor Profite!





Unter der Kuppel des Reichstages: Michael Leutert, Diana Golze, Nele Hirsch, Jan Korte und Katja Kipping

Die jungen Wilden der Linkenfraktion

Was die U-35 der LINKEN fordern und wie sie es erreichen wollen

In einem Berliner U-Bahnhof hat vor vielen Wochen jemand mit großen Buchstaben an die Wand geschrieben: »Die Alten sind die Hoffnung der Jugend.« Da ist was dran. Allerdings bleibt die Jugend weiterhin verantwortlich dafür, rebellisch zu sein, in die Zukunft zu handeln, Neues zu wagen und den Aufstand zu proben, wenn die Verhältnisse sich nicht schnell und radikal genug ändern.

Sechs Abgeordnete der Linkenfraktion im Bundestag nehmen diese Verantwortung gern wahr. Gut unterstützt von den »Alten«. Diana Golze, Jan Korte, Sevim Dagdelen, Nele Hirsch, Michael Leutert und Katja Kipping haben kein Verdienst daran, dass sie jung sind. Ihr Verdienst besteht eher darin, dass sie etwas daraus machen – gute Politik nämlich. Die sechs »jungen Wilden« der Fraktion haben sich schnell, vernehmlich und kompetent zu Wort gemeldet. Jede und jeder mit eigenem Stil und natürlich eigenwillig. Grund genug, sie vorzustellen.

Michael Leutert

Michael Leutert wird im Juni dieses Jahres nach Guantánamo reisen. Er wird mit Gefangenen reden und mit dem Wachpersonal. Er wird sich ein Bild machen von der Missachtung der Menschenrechte an diesem Ort. Das wird keine schöne Reise. Aber eine wichtige. Wer sich für Menschenrechte einsetzt, wie Michael Leutert, reist fast nie schön und bequem und bekommt fast immer das Schlimmste zu hören und Fürchterliches zu sehen. Das muss man aushalten und man muss daran glauben, dass Veränderungen möglich sind. Wenn man hinschaut. »Wer mit der Begründung der Terrorismusbekämpfung Menschenrechte einschränkt, tut Unrecht«, sagt Michael Leutert. Und plädiert dafür, wachsam zu sein. Der 32-Jährige schreibt gegenwärtig eine Dissertation über Jürgen Kuczynski, einen Mann, der viel über Gerechtigkeit nachgedacht, dabei nicht immer richtig gelegen hat, aber stets dafür stand,

dass der Mensch sich zu entwickeln und zu verändern vermag. Michael Leutert steht dafür, dass Unrecht nicht bestehen bleiben und schon gar nicht stillschweigend hingenommen werden darf. Er will Gerechtigkeit. Er ist kein Lauter. Aber ein Beharrlicher. Das ist er.

Diana Golze

»Es ist eine Schande, wenn in einem reichen Land Kinder in Armut leben müssen.« Das sagt Diana Golze und sie weiß, wovon sie spricht. Die Sozialpädagogin aus dem brandenburgischen Rathenow, Mitglied der Kinderkommission des Bundestages, kennt viele Menschen, die arm sind. Zum Beispiel durch den Verein »Kleeblatt«, einer kleinen Hilfsorganisation für Menschen mit Nöten und in Not. Der gehört sie an. Mit Grund. Sie findet, Politik muss Menschen mündig machen und ihnen Kraft und Möglichkeiten geben, selbst etwas zu tun. Ein Mindestlohn zum Beispiel trüge dazu bei, dass es

etwas mehr Gerechtigkeit gibt, Hartz IV bewirkt das Gegenteil. Das weiß die Brandenburgerin. Diana Golze ist eine, die zu hört und, wenn es die Sache erfordert, anfängt zu kämpfen: für soziale Gerechtigkeit, für Mindestlohn, für die Kinder, die in armen Familien leben. Sie hat damit schon angefangen, als sie 2001 Abgeordnete im Kreistag Rathenow wurde. Diana Golze macht gute Politik. Mit Herz. Und mit Verstand sowieso.

Nele Hirsch

Für die Stuttgarterin Nele Hirsch gilt, dass Hartnäckigkeit eine Tugend ist. Sie lässt nicht locker. Schon gar nicht, wenn es um Bildungspolitik geht. Sie fragt nach, kritisiert, gibt sich nicht zufrieden. Nicht mit einfachen Antworten, nicht mit Gemeinplätzen, die viele im Mund führen und niemandem nützen. Nele Hirsch sagt: »Die herrschende Bildungspolitik vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Sie produziert neue Armut. Sie grenzt aus.« Klare Worte, hinter denen eine engagierte Politikerin steht, die ein Bildungssystem will, das auf Chancengleichheit setzt. Eine, die davon ausgeht, dass es gute und bessere Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen gibt und für die Frau kämpfen muss. Für die Stärkung des öffentlichen Bildungssystems und gegen die zunehmende Privatisierung von Bildung. Für die Umverteilung von oben nach unten, auch in diesem lebenswichtigen Bereich. Nele Hirsch ist in ihrem jungen Leben schon viel herumgekommen. Hat in Jena mit dem Studium begonnen, war zum Weiterlernen in Osaka, in Peking und in Damaskus. Eine 27-Jährige mit Weltfahrung ist sie also. Und dem Wissen, dass Bildung überall auf der Erde Menschen die Chance auf eine gute Zukunft eröffnet.

Jan Korte

Der Osnabrücker Jan Korte hat die Gabe, Dinge und Angelegenheiten in einer Weise auf den Punkt zu bringen, die Klarheit über die innere Verfasstheit des Staates schafft. Dabei ist Innenpolitik ein weites Feld und Datenschutz ein heikles. Gerade in diesen Zeiten, da das eine immer mehr zur Sicherheitspolitik und das andere zur Spielmasse erklärt wird. Jan Korte ist ein Politiker, der sich klug macht, bevor er etwas sagt. Dann aber hat er auch was zu sagen. Er will, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger erweitert und nicht eingeschränkt werden. Ihm geht es um Mündigkeit und die Möglichkeit, sich einzumischen und gegenzuhalten, wenn die inneren Angelegenheiten zu verkom-

men drohen. Für ihn ist Datenschutz vor allem der Schutz von Menschen vor Übergriffen des Staates. Und ihm ist wichtig, dass die Menschen sich ihrer Rechte bewusst sind, weil sie befähigt werden, Politik zu durchschauen. Jan Korte kann Politik durchschaubar machen. Scheint ihm in die Wiege gelegt zu sein – diese Art der Vermittlung auf Augenhöhe.

Katja Kipping

So eine hat dem Bundestag gerade noch gefehlt. So eine, die sagt, soziale Ausgrenzung sei ja nun nicht vom Himmel gefallen, sondern befördert worden von Wirtschaft und herrschender politischer Klasse. Da grummelt und schimpft es auf den rechten Bänken im Plenum. Katja Kipping spricht für die Agenda Sozial, für die, denen eine solche Agenda Rettung wäre und Zukunft. Sie spricht für das Netzwerk für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das sie eine »Demokratiepauschale« nennt. »In einer Grundeinkommens-Gesellschaft könnten alle frei von Existenzangst leben«, sagt sie, »diese Freiheit ist eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Tätigwerden.« Materielle Armut aber schlägt schnell in soziale Ausgrenzung um. Katja Kipping spricht gegen die »Jeder-ist-seines-Glücks-Schmied-Dummheiten«. Die nehmen die Gesellschaft aus der Pflicht und die Politik aus der Verantwortung. Verantwor-

tungsloses Handeln aber will die 29-Jährige nicht dulden. Katja Kipping macht Sozialpolitik im wahren Wortsinn – als Hilfe zur Selbsthilfe. So eine hat tatsächlich noch gefehlt in diesem Bundestag.

Sevim Dagdelen

Sie hat mit 14 angefangen, sich einzumischen. Und da ist kein Ende in Sicht. Die Duisburgerin Sevim Dagdelen ist politisiert worden durch und gegen erstarkenden Rechtsradikalismus. Sie war Schülervertreterin, hat sich in der Gewerkschaft und in der Migrantenorganisation DIDF für andere Menschen eingesetzt. Wer aus dem Ruhrgebiet kommt und einen politischen Kopf seit jeher hat, weiß, wie wichtig solidarisches Miteinander und der Kampf um soziale Gerechtigkeit sind. »Die Linken«, sagt Sevim Dagdelen, »haben das Zeug dazu, sich für die Zukunft all jener stark zu machen, die von der Gesellschaft benachteiligt sind. Sie haben das Zeug dazu, Konzepte zu entwickeln, die sozial sind.« Sevim Dagdelen ist eine, die, als sie in den Bundestag einzog, sagte, sie wolle sich nie verbiegen und vor allem wolle sie nicht den Boden unter den Füßen verlieren. Um ihre Bodenhaftung muss niemandem bange sein. Die 32-Jährige bleibt der Region, aus der sie kommt, und den Menschen, die in dieser Region leben, verbunden. *Kathrin Gerloff*



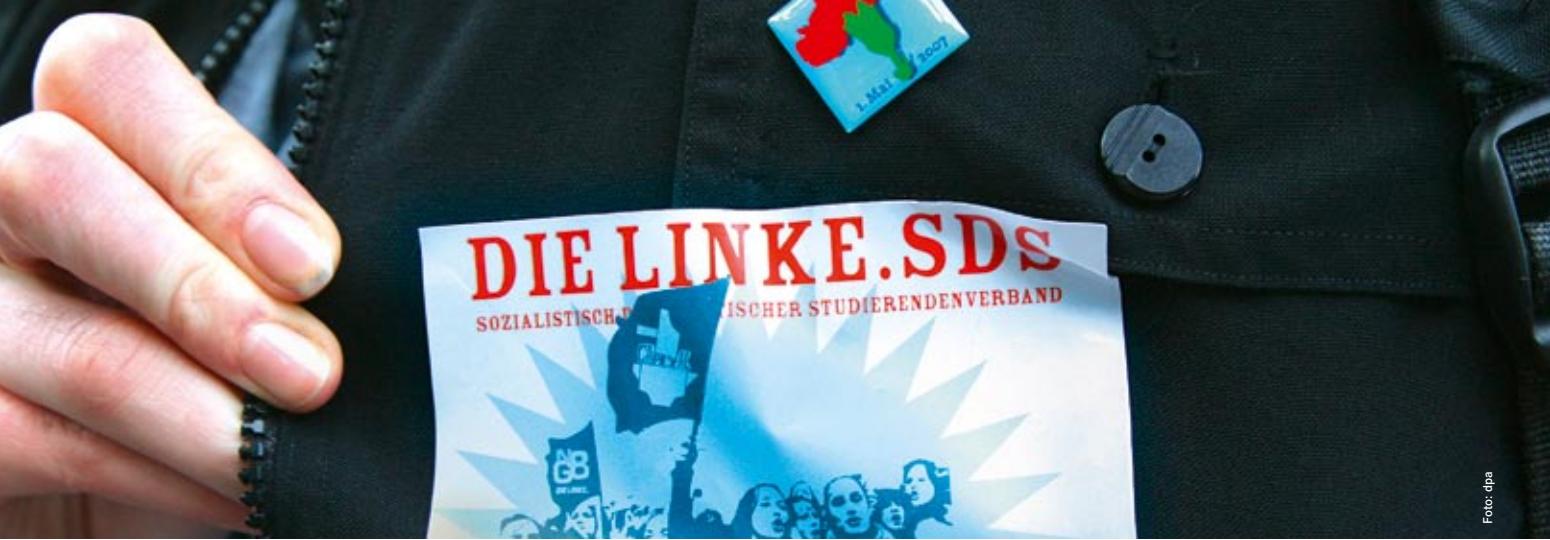


Foto: dpa

Verbandsgründung an Karl Marx' Geburtstag

Rund 50 Delegierte aus 34 linken Hochschulgruppen haben am 5. Mai 2007 in Frankfurt am Main den Studierendenverband DIE LINKE.SDS gegründet

Hinter dem Podium prangt weiß auf violett das Motto des Kongresses: »Die Verhältnisse zum Tanzen bringen«. Doch niemand tanzt. Sauerstoffmangel lastet auf den etwa sechzig Studierenden und Interessierten, in der Mehrzahl zwischen 20 und 30 Jahren alt. Die Verabschiedung der Geschäftsordnung zieht sich: Es wird über die Quotierung der Arbeitsgremien und über Redezeitbegrenzungen gefachsimpelt; jede Für- erzwingt eine Gegenrede. Kurz vor Mitternacht findet die Geschäftsordnung schließlich eine Mehrheit.

Zur Gründungskonferenz nach Frankfurt am Main hat das Linke.Hochschulgruppen- netzwerk eingeladen, ein Zusammenschluss von Hochschulgruppen, die Linkspartei.PDS und WASG nahestehen. An diesem Wochenende soll nun ein Verband entstehen – Programm, Satzung und Vorstand inklusive.

Zum künftigen Programm hat alleine die Rote Hochschulgruppe Chemnitz 28 Änderungsanträge formuliert. Letztlich zahlt sich aber die stoische Disziplin und Entschlossenheit der Delegierten aus: Nach drei Stunden ist man sich bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung einig. Das Programm skizziert das Ideal einer »sozialistischen Hochschulpolitik«, in der »durch selbstbestimmte, kollektiv- demokratische Prozesse« das »Bildungs- ideal der Aufklärung radikaliert« werden können.

Kurz vor Mitternacht ist es vollbracht

Am Samstagnachmittag sprengt die Diskussion über den Verbandsnamen die Tagesordnung. Auslöser ist der Vorschlag, den Verband Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband, kurz SDS, zu taufen. Vor rund vierzig Jahren prägte der SDS die westdeutsche 68er-Bewegung. Eine erste Abstimmung verschärft die Konfrontation: Die Gruppe der SDS-Befürworter ist nur unwesentlich größer als die Fraktion der Gegner. Eilig ziehen sich die Lager zu getrennten Beratungen zurück. Das Gerücht von der Spaltung des Verbands macht die Runde.

Den SDS-Sympathisanten schwelt ein Verbandsmodell vor mit allgemeinpolitischem Mandat und einem »Mix aus marxistischer Theorie und aktionsorientierter Praxis«, wie eine Delegierte argumentiert. Kritikerinnen und Kritiker des Namensvorschlags warnen vor der vermeintlichen Idealisierung der 68er-Bewegung; viele von ihnen werben für einen Verband, der sich hauptsächlich mit hochschulpolitischen Themen befasst. Da trotz dieser Differenz Einigkeit herrscht, dass die politische Nähe zur Partei DIE LINKE dem Verband nutzt, findet sich in kleiner Runde schließlich ein Kompromiss.

Um 22 Uhr 57 ist es vollbracht: 26 von 46 Delegierten für den Namen DIE LINKE.SDS.

Viele fallen sich in die Arme, einige stimmen Sprechchöre an. Jan Schalauske, vormals [solid]-Bundessprecher aus Marburg, strahlt: »Die Bemühungen der vergangenen eineinhalb Jahre haben sich gelohnt.« Zufrieden ist auch Wolfgang Gehrcke, früher SDAJ-Vorsitzender und heute Sprecher für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE.: »Es gibt wieder einen bundesweiten sozialistischen Studierendenverband.« Über das »großartige Ergebnis« freut sich seine Fraktionskollegin Nele Hirsch. »Die Studentinnen und Studenten werden sich gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen wehren«, so die hochschulpolitische Sprecherin.

Bevor die Delegierten Sonntagnachmittag heimreisen, verabreden sie, in diesem Herbst eine Akademie und im nächsten einen Kongress anlässlich des 40-jährigen Jubiläums von 1968 auszurichten. Eine Arbeitsgruppe Bildung und Theorie wird gegründet. Für 2008 ist eine Delegationsreise nach Venezuela geplant. »Wir werden die Hochschulen von links politisieren«, verspricht Julia Meier, angehende Mathematikerin aus Freiburg. Zum Schluss wählen die Delegierten eine Geschäftsführung und einen zehnköpfigen Vorstand. Der konservative Studentenbund RCDS wird am nächsten Tag in einer Pressemitteilung warnen, mit der Gründung von DIE LINKE.SDS erreiche die »Formierung der radikalen Linken an den Universitäten eine neue Dimension.« *Ruben Lehnert*

Linke wollen reale Alternative sein

Der italienische Parlamentspräsident Fausto Bertinotti ist Kommunist und freut sich auf die erstarkte deutsche Linke in Europa

Der Kontakt der deutschen Linken zu politischen Weggefährten in Europa besteht in viele Länder. Seit Jahrzehnten gehören die italienischen Linken auch dazu. Die Südeuropäer haben eine Mitte-Links-Regierung gebildet und stellen mit Fausto Bertinotti den Parlamentspräsidenten. Zur EU-Verfassungskonferenz der Linksfaktion im Frühjahr war dieser ein gefragter Gast.

Welchen Eindruck haben Sie von der internationalen EU-Verfassungskonferenz, die die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag organisiert hat?

Es hat mich beeindruckt, dass die Veranstaltung zeitgleich zur Debatte des Bundestages über den Tornado-Einsatz in Afghanistan und die Anhebung des Rentenalters stattfand. Mich hat die Verbindung zwischen der Debatte über die Perspektiven der Linken in Europa und dem konkreten Alltag von Millionen Menschen fasziniert. Man muss verhindern, dass sie wie bisher weiter die größten Opfer der Umstrukturierung der kapitalistischen Wirtschaft sein werden.

Was denken Sie über die Verschmelzung der Linken durch die Entstehung einer neuen Partei in Deutschland?

Wir haben schon immer mit sehr großer Sympathie diesen Prozess verfolgt. Nach meiner Auffassung kann die Entstehung der geeinten Linken in Deutschland die gesamte Linke in Europa positiv beeinflussen. Die Europäische Linke zählt sehr auf

die deutsche Linke, auf ihre politische Arbeit. Der Vereinigungsprozess, durch den in Deutschland eine stärkere und zukunftsähnliche alternative Linke entsteht, ist eine Ermutigung für uns alle. Die Linke braucht eine neue politische Kultur, damit wir zusammen eine alternative, breitere, bedeutendere Kraft aufbauen können, die in der Lage ist, Europa zu verändern.

Was sind die dringenden Aufgaben der Linken in Europa?

Vor allem denke ich, dass die Linke sich erneuern und verändern soll, damit sie sich mit den sozialen Organisationen und Bewegungen, vor allem mit den Arbeiterbewegungen, den Jugend-, Frauen- und Migrantenbewegungen verbünden kann. So können wir gemeinsam die notwendige Kraft entwickeln, um unsere Gesellschaften und Europa grundlegend zu verändern, und ein alternatives soziales und wirtschaftliches Modell zu schaffen. Ich meine damit eine alternative Gesellschaft, die sich von Kriegspolitik und Neoliberalismus endgültig abkehrt. Mein Traum ist also eine Linke, die nicht nur Forderungen stellt, sondern in der Lage ist, reale Alternativen zu bieten.

Wie kann man denn so was zustande bringen?

Nach der französischen Präsidentschaftswahl ist es umso notwendiger, uns mit dem Problem der Glaubwürdigkeit einer alternativen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Auch das französische Beispiel

zeigt, dass Politik in eine Krise geraten ist, dass das Verhältnis zwischen Bürgern und Institutionen beschädigt ist und dass eine neue politische Kultur deshalb dringend gebraucht wird. Dem wachsenden Erstarken der Rechten kann nicht durch ein Ausweichen des linken Lagers in die Mitte begegnet werden: Denn die besorgniserregendste Gefahr besteht gerade in der Verschiebung des Gemeinsinnes nach rechts. Das ist nur durch ein alternatives Gesellschaftsprojekt zu verhindern. Wir brauchen eine starke kulturelle Offensive und müssen auch in der Gesetzgebung konkrete Lösungen vorschlagen. Deshalb müssen wir die Zusammenarbeit zwischen den Parteien und auch den parlamentarischen Gremien verstärken. Es gilt Erfahrungen und Vorschläge auszutauschen, da viele Fragen im sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, internationalen Bereich, die unsere Länder betreffen, mit europäischen Beschlüssen zu tun haben.

Könnten Sie ein Beispiel einer solchen Zusammenarbeit nennen?

Wir müssten zum Beispiel so schnell wie möglich versuchen, die Einführung einer EU-Richtlinie zur sogenannten Flexicurity, einer weiteren Flexibilisierung des EU-Arbeitsmarktes, zu verhindern. Und in diesem Fall würde der Austausch von alternativen Ansätzen zum Thema Arbeit für uns alle hilfreich sein.

Das Gespräch führte Frank Schwarz
Übersetzung: Paola Giaculli





Foto: ddp

Das Fundament wächst nach

Mit der Gründung der Partei DIE LINKE ist die Pilotphase der Linksfraktion abgeschlossen – die neue Partei kann von dieser Zeit viel profitieren

Am Abend des 18. September 2005 gab es für den Deutschen Bundestag eine Linksfraktion, deren Status formell klar war: Sie war die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus – verstärkt durch Abgeordnete aus der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die nach kniffligen juristischen Klärungen den Weg zur Kandidatur gefunden hatten. Zu diesen Kniffligkeiten gehörte, dass sich die PDS einige Wochen zuvor den Zusatznamen »Linkspartei« gegeben hatte.

Politisch allerdings verstand man sich nicht als Fraktion allein der PDS. Wie wohl auch die 4,1 Millionen Wählerinnen und Wähler. Sie hatten für eine neue Linkspartei gestimmt – für eine Partei, die im Osten aus der PDS hervorgegangen war und die im Westen durch Sozialdemokraten und Gewerkschafter geprägt wurde, die der SPD den Rücken gekehrt hatten.

Doch diese Partei war zunächst nur Projekt und Vision – die Fraktion war letzten Endes

so etwas wie ein Vorgriff darauf. Ein Pilotprojekt vielleicht. Ein Referenzprojekt – wenn denn alles gut laufen würde. Man konnte dies als Mission verstehen. Oder auch als Problem.

In der Geschichte der deutschen Linken hatte es vergleichbare Situationen zweimal gegeben.

Geschichte der Linken kennt zwei vergleichbare Situationen

Zunächst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Herbst 1878 waren bereits wenige Tage vor Annahme des Sozialistengesetzes die Führungsstrukturen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei schlüssig zusammengebrochen. August Bebel übernahm vom zerfallenen Vorstand die Schatulle mit den Parteifinanzen (1000 Mark) und die »Zeit der Verwirrung«, wie Franz Mehring schrieb, begann. Zwei Jahre später übertrug der im

schweizerischen Exil tagende Wydener Parteitag die Leitung der Gesamtpartei an die Reichstagsfraktion – was vor allem bei der Berliner Parteiorganisation auf Kritik und Skepsis stieß. Spannungen waren vorprogrammiert. 1884 eskalierten sie nach der Zustimmung der Fraktion zu den Dampfersubventionen. Die Fraktion verbat sich Kritik aus der Partei als »durchaus ungehörig« und erklärte der Parteizeitung »Sozialdemokrat«: »Die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat.« In der Partei wurde dies als »diktatorische Maßregelung« zurückgewiesen. Vier Wochen bekräftigte der »Sozialdemokrat«, »dass die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei unter allen Umständen aufrechterhalten werden« musste – die Fraktion versicherte im Gegenzug, dass das Blatt »nicht ihr persönliches Organ, sondern das Organ der Gesamtpartei sei und bleiben müsse«.¹ Von der Inthronisation der Reichstagsfrak-

tion hatte man sich die notwendige enge Verbindung von legalem und illegalem Kampf versprochen. Allerdings: Die Fraktion war eben kein von der Partei gewähltes Gremium, sie war an die Grenzen und Spielregeln des Parlaments gebunden, ihre Mitglieder wurden besonders scharf überwacht – was alles in allem dazu führte, dass die faktische Parteiführung wenig direkte Verbindung zu den Organisationen der Mitgliedschaft halten konnte.

Nach dem Fall des Sozialstengesetzes wurden dann auch zwei wesentliche Schlussfolgerungen gezogen: Mit dem Statut von Halle (Oktober 1890) wurden jährliche Parteitage und ein jährlich zu wählender Parteivorstand eingeführt; 1891 folgte in Erfurt ein Programm, das aus Mehrings Sicht in jedem Satz »von der Partei selbst ... in Jahrzehntelangem Ringen erarbeitet, erkämpft, erlebt worden« war.²

In der DDR wollte Parteibasis den radikalen Umbruch

Im Dezember 1989 war in der DDR eine reformorientierte Regierung mit dem Zerfall und der Transformation der sie tragenden Partei, der SED, konfrontiert. Es gab eine breite Basisbewegung für einen radikalen Bruch mit Stalinismus und Privilegien, gegen Machtmissbrauch und dogmatische Verengung. Sie wollte auf diesem Wege die neue Parteiführung finden – und am Ende vielleicht sogar eine gänzlich neue Partei. Doch dann war jedwede Führung abhanden gekommen, ehe die Erneuerung richtig begonnen hatte. In der ersten Nachsitzung des Außerordentlichen Parteitages Anfang Dezember 1989 zitierte Ministerpräsident Modrow den Sozialdemokraten Egon Bahr: »Eine Partei, die kein Haupt hat, wird nicht existieren können«. Für Modrow war dies die »Grundfrage«.³ Für seine Regierung brauchte er eine Partei – also durfte sich die bestehende nicht auflösen und musste ihre Strukturen wieder festigen. Wichtige Themen – vom SED-Vermögen bis zur nationalen Frage – blieben im Ansatz stecken oder wurden gar nicht angepackt. Die Partei sollte konsolidiert werden, ehe man wusste, was die Partei überhaupt noch sein konnte bzw. künftig sein sollte. Viele, die heute über die WASG in die Linkspartei gefunden haben, fühlten sich so lange von der PDS abgestoßen.

Und nun – 2005 – die Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Erst 2002 hatten die Wahlniederlage und der Geraer Parteitag die PDS in ihrer tiefsten Krise sichtbar gemacht. Sichtbar wurden die politische

»Substanzarmut der Reformer« und das Scheitern der innerparteilichen »Formelkompromisse«. Mit dem Chemnitzer Parteiprogramm von 2004 und dem Strategie-Parteitag von Potsdam (2005 – »strategisches Dreieck«) hatte sich die PDS inhaltlich wieder konsolidiert – und strebte nach neuem Selbstvertrauen.

Linksfraktion ist Referenzprojekt für die neue Linke

Neue Parteien hingegen – wie die WASG – haben, wenn sie lebensfähig sind, ein alles überrollendes Selbstbewusstsein. Es traf in der Linksfraktion auf die gerade wieder genesene PDS. Deren 17 Jahre Erfahrung mit basisdemokratischen Ansprüchen und stets neu bestandenen Zerreißproben in einer pluralistischen Linken kollidierten mit ganz anderen politischen Sozialisationen in top-down strukturierten Organisationen und mit Prägungen aus der SPD von Willy Brandt und vor allem von Zuchtmester Herbert Wehner. Der nachdenkliche Blick auf die ersten eigenen – darunter auch guten – Regierungserfahrungen musste sich gegen die Enttäuschung und die Wut der neuen Partner über das Verfehlen sozialer Gerechtigkeit in Regierungsverantwortung ihrer früheren Parteien behaupten.

Sollte die Linksfraktion wirklich als Referenzprojekt für die neue LINKE funktionieren, musste sie zu belastbaren politischen Balancen finden. Seitens der »alten« PDS ging es bei der Überwindung der alten

Schwächen zugleich auch um die Bewahrung wichtiger Erfahrungen: Um das nachhaltige Bekenntnis zur Einheit von sozialen Menschenrechten und bürgerlichen Freiheitsrechten etwa. Um die bewusste Ablehnung von Avantgarde-Anspruch und Wahrheitsmonopol einer linken Partei. Um den gelebten innerparteilichen Pluralismus. Um die Wahrung der Entscheidungshoheit der unterschiedlichen politischen Ebenen in der Partei. Um die offene und faire Abwägung aller Positionen, die in einer Volkspartei zur Geltung gebracht werden, nach dem Maßstab einer sozial gerechten und libertären linken Politik.

Gemeinsam stritten und streiten Bundestagsfraktion, Linkspartei, PDS und WASG für gesetzliche Mindestlöhne. Gegen den Irak-Krieg, gegen den Militäreinsatz in Afghanistan. Schließlich sogar für eine sozial gerechte Politik im Bundesland Berlin unter Regierungsbeteiligung der Linkspartei.

Ab Mitte Juni steht dafür die neue LINKE. Die Partei – jetzt ist sie da.

Thomas Falkner

¹ zit. in: Mehring, Franz: Geschichte der Sozialdemokratie, Bd. II. Berlin (Ost): Dietz Verlag 1960, S. 618

² Mehring, Franz: Geschichte der Sozialdemokratie, Bd. II. Berlin (Ost): Dietz Verlag 1960, S. 683

³ zit. nach: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin: Karl Dietz Verlag 1999, S. 93.

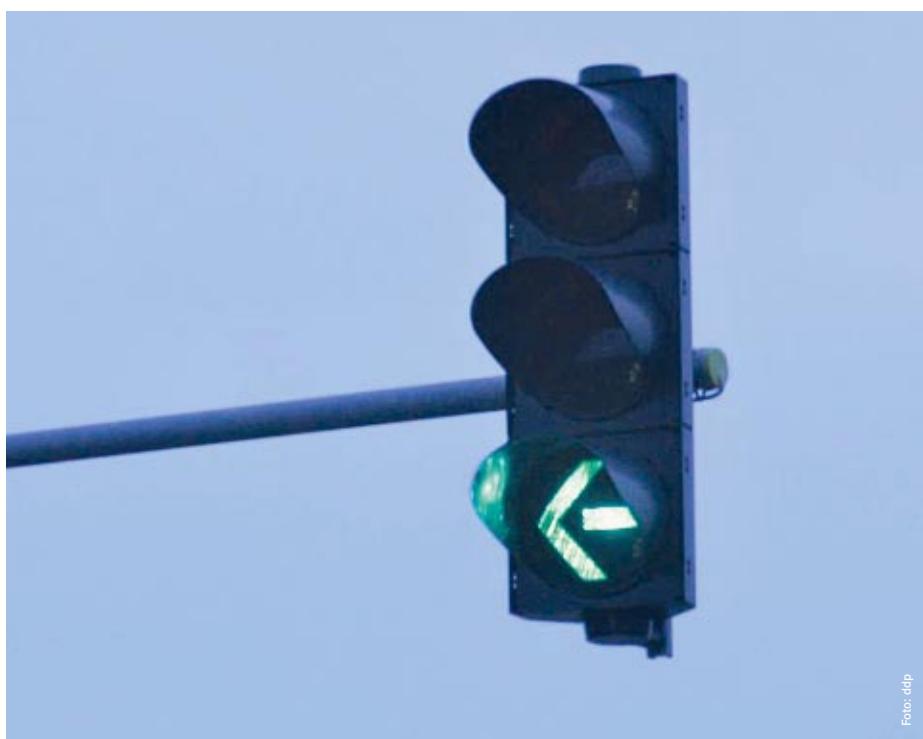


Foto: ddp



Der stille Regisseur

15 Jahre lang saß er im Brandenburger Landtag mit Lothar Bisky Tür an Tür: Heinz Vietze, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion in Potsdam, porträtiert für Clara seinen langjährigen Weggefährten

Mein erster Termin mit Lothar Bisky fand gar nicht statt. Auf der Tagesordnung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung stand so ziemlich zu Beginn meiner Zeit als neuer 1. Kreissekretär in Potsdam im Frühjahr 1989 eine Berichterstattung des Rektors und der Parteiorganisation der Filmhochschule Konrad Wolf. Bisky ignorierte jedoch die Einladung. Das wiederum brachte mir den Auftrag ein, entsprechende parteizieherische Maßnahmen einzuleiten. Doch auch dies berührte Bisky nicht. Ich ließ es dabei bewenden, ahnte aber schon damals, dass dieser Bisky kein bequemer Partner werden würde. Und richtig: Im September 1989 – es war die Zeit, als viele der DDR den Rücken kehrten – stellte er sich seiner Studentenschaft zur Wahl als Rektor. Die Forderungen nach ähnlichen demokratischen Schritten wurden laut, doch es gab

wenige, die es ihm gleich taten. In den Tagen des politischen Umbruchs stellte sich Bisky am 4. November als Redner dem Urteil der rund 500 000 Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz. Er plädierte damals für einen demokratisch reformierten Sozialismus in einer weiterhin eigenständigen DDR. Und dann ging alles rasend schnell.

Bisky sprach 1989 zu 500 000 auf dem Alexanderplatz

Die Ereignisse überstürzten sich und plötzlich saßen wir beide im Arbeitsausschuss des Sonderparteitages. Lothar als Leiter der Redaktionskommission und ich als Verantwortlicher für das Stalinismusreferat. Unterschiedlicher konnte die Konstellation nicht sein. Beide wollten wir die

Erneuerung der Partei und der Gesellschaft, litten unter der zunehmenden Enge, in die die SED, die Partei, der wir beide angehörten, die DDR manövriert hatte.

Gemeinsam mit dem früheren Vorsitzenden des Kollegiums der Rechtsanwälte der DDR, Gregor Gysi, dem Philosophieprofessor Michael Schumann und vielen anderen feilten wir nächtelang an den zu haltenden Referaten und an der Entschuldigung gegenüber dem Volk der DDR. Damals haben wir uns schätzen gelernt und es begann eine bis heute währende enge – auf gegenseitigem Vertrauen beruhende – Freundschaft.

Gemeinsam haben wir den Hungerstreik gegen die kalte Enteignung der Partei durchgehalten, uns gegen pauschale Verurteilungen und Diffamierungen gestellt.

Wir warben gemeinsam für Toleranz und Akzeptanz, auch wenn wir manchmal nah am Verzweifeln waren. Gemeinsam haben wir dafür gekämpft, den Erneuerungsprozess der Partei voranzubringen, und in Brandenburg die Partei aufgebaut. Lothar war in dieser Zeit Landesvorsitzender und Spitzenkandidat zur ersten Landtagswahl. Unter dem Slogan »Wir sind belastbar« zogen wir mit einer 13-köpfigen Mannschaft ins Parlament ein. Es ist Lothar zu verdanken, dass Menschen mit unterschiedlichen Biografien begannen, gemeinsam für die Erneuerung der Partei und der Gesellschaft zu streiten. Durch seine Akzeptanz über die Partei hinaus und sein Drängen danach, dass die Linke wieder gehört wird, wurde er von vielen als Gesprächspartner gesucht, war es wohl möglich, den sogenannten Brandenburger Weg zu gestalten.

Wo andere eine Seite schreiben müssen, genügt Lothar ein Satz

Wir entwickelten das Konzept der konstruktiven Opposition, wirkten intensiv bei der Ausarbeitung der Brandenburger Verfassung mit, stritten für die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg, lehnten jedoch den Fusionsvertrag ab. Wir diskutierten unsere Vorschläge vor Ort, begaben uns auf den Weg zu einer Partei für den Alltag und nicht nur für Wahlstage. Lothar war bei Betriebsbesetzungen ebenso dabei wie bei den Demos gegen Sozialabbau. Besonders engagierte er sich gemeinsam mit uns für die Kommunalpolitik, für die Mitgliedschaft in Vereinen und Bewe-

gungen, denn schon damals war uns klar, ohne feste Verwurzelung in der Gesellschaft würden linke Ideen auf Dauer keinen Platz finden. Vielleicht war es diese harte Arbeit, die uns von anderen unterscheidbar machte; die dazu beitrug, dass die neue Partei von Jahr zu Jahr mehr Zuspruch erlangte. Lothar redet nicht viel. Wo andere für Presseerklärungen eine Seite brauchen, reicht ihm ein Satz. Nur durch den Zusammenhalt der Fraktion konnten wir das Pensem gemeinsam bewältigen, als Lothar Parteivorsitzender wurde. Er wusste, dass er sich auf uns verlassen konnte, und meinte damals oft, seine politische Heimat sei Brandenburg. Die brauchte er gerade wegen der neuen Herausforderungen, die die Bundespartei an ihn stellte. Von Anfang an drängte er auf den Westaufbau, reiste von Veranstaltung zu Veranstaltung. Sein Tagesablauf wurde alsbald mehr von seinen Mitarbeiterinnen im Parteivorstand und im Fraktionssekretariat bestimmt als von ihm selbst.

Ihn ärgert die zunehmende Arroganz und Unehrllichkeit der herrschenden Politik. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2003 mit seiner Agenda 2010 den inneren Frieden aushebelte, war Lothar klar, dass dem eine Agenda Sozial entgegengesetzt werden muss. Die Charakterlosigkeit und gelebte Doppelmoral, die in dem Vorwurf gipfelt, diejenigen, die Hartz IV anprangern, als Populisten zu beschimpfen und gleichzeitig Steuergeschenke an Kapitalgesellschaften zu verteilen, brachte ihn in Wallung. Dies war sicher auch ein Grund für seine Entscheidung, in dieser Zeit er-

neut – nach seinem Rücktritt vom Parteivorsitz in Münster – noch einmal anzutreten. Und das, obwohl er vielleicht lieber ein Buch geschrieben oder einen Film über Fidel Castro gedreht hätte. Manche seiner geheimen privaten Wünsche blieben so auf der Strecke.

Ausgrenzung und Intrigen lehnt er kategorisch ab

Als sich mit der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 die Chance für eine neue Linke eröffnete, stand Lothar mit an der Spitze. Richtig gefreut hat er sich über das Zustandekommen der Europäischen Linken, dafür hat er sich jahrelang gemeinsam mit seinen Freunden in den verschiedenen Ländern eingesetzt. Und jetzt eröffnet sich die Chance, in Deutschland gemeinsam mit der WASG zu einer bundesweit akzeptierten Linken zu werden – das ist immer sein Traum gewesen. Herausragend finde ich nach wie vor, dass er geduldig zuhören und moderieren kann. Dies ist vielleicht in seinem Wesen begründet, das Ausgrenzung und Intrigen rundweg ablehnt. Bescheiden, aber nicht beliebig, lieber einmal mehr Argumente austauschen als hektisch agieren, das zeichnet ihn bis heute aus. Manch junger Wilder titulierte ihn deshalb manchmal als »Integrationsopa«. Doch er empfand das nie als beleidigend. Im Gegenteil, denn die neue LINKE wird sich immer wieder neuen Aufgaben stellen müssen, deren Bewältigung viel Vernunft, kluge, wissenschaftlich fundierte Konzepte und schließlich das geschlossene Handeln der gesamten Partei verlangt. Und bei allem Streben nach Selbstverwirklichung sollten wir dabei – das habe ich an Lothars Seite in Brandenburg gelernt – nie aus dem Auge verlieren, dass es in der Politik und besonders in der LINKEN auch bedeutet, sich selbst mal zurückzunehmen. Der Einzelne wird auf Dauer nicht ohne Team bestehen können. Diesen Anspruch lebt Lothar Bisky mit seiner ganzen Kraft.

Der Autor Heinz Vietze ist Diplomgesellschaftswissenschaftler, war in der Wendezeit der DDR Parteichef des Bezirkes Potsdam und erster Landesvorsitzender der PDS 1990 in Brandenburg. Heinz Vietze verbindet mit Lothar Bisky eine enge Freundschaft und zugleich eine konstruktive Streitkultur. Beide haben maßgeblich den sogenannten Brandenburger Weg initiiert. Dieser sieht die besondere Rolle politischer Partnerschaften unter Beteiligung linker Abgeordneter in Kommunen, Kreisen und Landesparlamenten vor.



Foto: scope



1987 geht an der Rheinbrücke in Duisburg nichts mehr: 20 000 Kumpel verschärfen den Arbeitskampf

Fotos: Manfred Vollmer

Ein Blick zurück nach vorn

Der 44-jährige Abgeordnete Hüseyin Aydin aus Duisburg ist seit 1996 hauptamtlicher Funktionär der IG Metall. Er begann 1980 als Hüttenarbeiter bei Thyssen-Stahl und erinnert sich an den Kampf um Rheinhausen vor 20 Jahren.

Hüseyin, vor 20 Jahren begann einer der heftigsten und emotionalsten Arbeitskämpfe in der Sozialgeschichte der Republik – es ging um den Erhalt des Krupp-Hüttenwerkes in Duisburg-Rheinhausen. Der 160 Tage dauernde Kampf einer ganzen Region war geprägt von Regelverletzungen. An wie viel Brückenbesetzungen warst du beteiligt?

Das weiß ich nicht mehr so genau. Ich war 1987 im Betriebsrat von Thyssen-Stahl in Duisburg. Das war vor der Fusion von Krupp und Thyssen. Wir waren von der angekündigten Schließung des Krupp-Werkes in Rheinhausen nicht unmittelbar betroffen. Allerdings zeichnete sich ab, dass nach Rheinhausen auch andere Stahlbetriebe an der Reihe sein könnten. Es war die Rede von Stahlüberproduktion und der Notwendigkeit, Standorte zu konzentrieren. Viele bei Krupp haben

verstanden: Das ist auch unser Kampf. Im Werk hatten wir Freunde und Bekannte, die im Rheinhausener Krupp-Werk arbeiteten. In der IG Metall in Duisburg haben sich Vertrauensleute und Betriebsräte ohnehin als Stahl-Familie begriffen. So war es möglich, dass über Betriebsgrenzen hinweg Betroffenheit herrschte und Solidarität geübt wurde. Dass die Teilnehmerzahlen an Aktionstagen weit über die 6 300 Betroffenen hinausging, war eine Selbstverständlichkeit. Mit Thyssen-Beschäftigten habe ich beispielsweise ein Teilstück die A42 besetzt.

Ist dieser von dir angesprochene Familiengedanke etwas Typisches für das Ruhrgebiet?

Städte wie Duisburg, die von der Montanindustrie – also Stahl und Kohle – geprägt sind, ticken einfach so! Wir waren das Herz der Stadt. Dieser Geist ging weit über

die Stahl- und Kohleproduktion hinaus. In beinahe jeder Familie arbeitete jemand im Bergwerk oder auf der Hütte. Andere Familienangehörige waren bei der Stadtverwaltung oder arbeiteten in der Bäckerei, der Metzgerei. Manche waren Polizisten oder Kneipenwirte. So standen alle mit allen in Beziehung. Wenn in einem Betrieb mit 6 300 Beschäftigten das Licht ausgeht, hat das eine Kettenreaktion zur Folge. Dieses Bewusstsein brachte die ganze Stadt in Aufruhr.

Ihr habt zum Mittel des zivilen Ungehorsams gegriffen und dabei wurden Regeln verletzt. Erkläre diese Dynamik. Da war viel Wut und Ohnmacht. Geregelte Streiks entstehen nur im Rahmen des Tarifvertragsgesetzes. Der Kampf um Rheinhausen war nicht an dieses Regelwerk gebunden. Der Vorstand eines Unternehmens hat beschlossen, dass dieses

eine Unternehmen dicht gemacht wird. So hatten weder die Beschäftigten noch die IG Metall noch die Bevölkerung die Möglichkeit, nach gesetzlichen Regeln etwas zu unternehmen. Wir mussten diese Regeln verletzen und über das Erlaubte hinaus operieren, um zumindest am Ende einen Teilerfolg erzielen zu können. Anders wären wir nicht gehört worden.

Vergegenwärtigen wir uns einige Zahlen: 6 300 Menschen waren von der Schließung betroffen. Am 23. Juni 1987 fand die erste Demo mit 15 000 Teilnehmern statt. Dann 10 000 Menschen bei einer Betriebsversammlung, mehrere Tausend bei vier Rheinbrückenblockaden, 100 000 beim Stahlaktionstag, 50 000 im Warnstreik, 15 000 Schüler und Studierende bilden eine Menschenkette um das Hüttenwerk, 40 000 beim AufRuhrFestival mit den Toten Hosen, 80 000 bei der Aktion »1000 Feuer« mit einer Menschenkette von der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund zum DGB-Haus nach Duisburg und 25 000 beim legendären »Brot und Rosen«-Gottesdienst in der Werkhalle des Walzwerkes. Der Kampf wurde verloren. Auf gut Deutsch gefragt – war das »alles für'n Arsch«?

Nein! Im Kampf lernen die Menschen Zusammenhänge zu begreifen. Kein Kampf ist vergebens. Der Spruch von Bertolt Brecht: »Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren«, ist richtig. Auch in anderer Hinsicht war der Kampf nicht umsonst. Die Menschen sind zwar in erster Linie für den Erhalt der Hütten-Arbeitsplätze auf die Straße gegangen. Die Schließung konnten wir nicht verhindern. Aber es ging auch um mögliche Ersatzarbeitsplätze. Leider sind nicht unmittelbar für die Betroffenen Jobs entstanden. Die ganze Auseinandersetzung hat aber konkret dazu geführt, dass die Landesregierung und der Bund Mittel zur Verfügung gestellt haben, um neue Gewerbe anzusiedeln. In direkter Nachwirkung sind so Tausende Arbeitsplätze entstanden. Ohne den damaligen Kampf hätte Duisburg diese Arbeitsplätze heute nicht. Zudem wurde Krupp gezwungen, eine Beschäftigungs- und Qualifizierungs-gesellschaft zu gründen.

»Die Plattform der Solidarität ist schmäler geworden«, sagt heute die Chronistin des Arbeitskampfes, Waltraut Bierwirth. Stimmt das? Leider ja. Beginnend mit der Kohl-Regie-

rung in den achtziger Jahren und später auch unter Schröder/Fischer wurde propagiert, dass die Beschäftigten zugunsten des Wettbewerbs Verzicht üben müssen. Die Grausamkeiten sind bekannt, die muss ich nicht aufzählen. Diese neoliberalen Verzichtsdebatte wurde von Kabinett und Kapital, von den Medien und der Wissenschaft organisiert. Dadurch hat sich bei den Menschen die Haltung rausgebildet, diese Politik sei



alternativlos. Den Gewerkschaften ist es nicht gelungen, mit Gegenkonzepten Alternativen aufzuzeigen und mit starker Politik gegen den Neoliberalismus mobilzumachen. Deshalb ist es heute möglicherweise schwieriger, Solidarität in der Form, wie wir sie in Rheinhausen erleben durften, zu organisieren. Doch ich bin hoffnungsfroh, denn es beginnt sich etwas zu bewegen. Das hat mit uns zu tun. Wir haben hier im Bundestag die Linkenfraktion. Ohne uns würde es die Auseinandersetzung um den Mindestlohn auf der parlamentarischen Ebene nicht geben. In diesem Land wird wieder über die soziale Frage diskutiert. Und ab 16. Juni haben wir mit der endgültigen Verschmel-

zung von Linkspartei PDS und WASG eine neue Partei mit dem Namen DIE LINKE. Mit unseren Konzepten zeigen wir auf, dass es jenseits der kapitalistisch ausgerichteten Wirtschaft Alternativen gibt. Mit dem Umsetzen in konkrete Politik ist sowohl den Gewerkschaften wie auch den anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Aufgabe zugewiesen. Durch die Bündelung aller Aktivitäten können die Menschen ihre Vereinzelung durchbrechen. Duckmäusertum ist kein Naturgesetz! Wir wollen die Menschen ermutigen, mit Herzblut wie 1987 in Rheinhausen auf die Straße zu gehen, und wenn es nötig ist, auch Autobahnen zu besetzen.

Der Kampf 1987 fand unter den Bedingungen des »Rheinischen Kapitalismus« statt. Wie haben sich die Bedingungen im seit 17 Jahren vergrößerten Deutschland verändert?

Viele glauben, dass der Rheinische Kapitalismus lediglich ein Ergebnis der West-Ost-Systemkonkurrenz war. Es sei darum gegangen, die Bevölkerung gegen den Sozialismus zu immunisieren, indem man uns quasi freiwillig ein Stück des Kuchens abgab. Das stimmt so nicht ganz! Das SED-Regime war so unpopulär, dass selbst die »eigenen« Arbeiter geflohen sind. In die umgekehrte Richtung wollte kaum jemand. Da musste uns das Kapital nicht erst bestechen. Im Übrigen waren die Unternehmen auch vor 1989 mit der Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit beschäftigt. Das ging immer zulasten der eigenen Beschäftigten. Die Zugeständnisse, die dem Kapital abgerungen wurden, waren das Ergebnis sozialer Kämpfe. Die von verschiedenen Regierungen und vom Kapital aufgestellten Lohnleitlinien konnten durch eine solidarische, klare und interessengeleitete Politik der Gewerkschaften im Kampf zu Fall gebracht werden. So wurde auch die 35-Stunden-Woche durchgesetzt. Diese klare Politik ist leider nach 1989 schrittweise zurückgedrängt worden. Deshalb muss es Aufgabe der neuen Linken sein, den Gewerkschaften den Rücken zu stärken. Wir machen eine klare Politik, die diese Orientierung mit einem Engagement für die sozial Schwachen, für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentnerinnen und Rentner, für die Interessen der Frauen verbindet. Das darf keine Stellvertreterpolitik sein. Wir wollen unsere Politik mit den Menschen entwickeln und durchsetzen.

Das Gespräch führte Günter Frech



Foto: ddp

Tingeln für das Klima

Eva Bulling-Schröter erstaunt einen Landrat als linke Umweltpolitikerin auf Bayerisch

Sie möchte immer alles ganz genau wissen. Um den Dingen auf den Grund zu gehen, tingelt Eva Bulling-Schröter in den sitzungsfreien Wochen des Bundestages oft tagelang durch die bayerischen Landkreise und Städte. »Momentan bin ich die Wanderpredigerin zur Rettung des Klimas«, scherzt sie. Seit dem jüngsten Weltklimabericht ist der Treibhauseffekt kein Exothema mehr. Wofür sich vor 15 Jahren nur ökologische Fachpolitiker interessierten, ist inzwischen im Bewusstsein der Menschen und vordergründig auch bei der Politik angekommen. »Darüber geredet wird viel, getan wird viel zu wenig«, moniert die Ingolstädterin.

Sie erinnert sich, dass die UNO-Klimarahmenkonvention von 1992 kaum beachtet wurde. Zwei Jahre später zog Eva über die bayerische Landesliste der PDS in den Bundestag ein. Dort wurde die fetzige Frau umweltpolitische Sprecherin der Fraktion und ging in den Umweltausschuss. Mit Ausnahme der drei Jahre zwischen 2002

und 2005, während denen die PDS nicht in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten war, ist sie das bis heute geblieben. Eine Funktion kam hinzu: Im Umweltausschuss ist sie jetzt Vizechefin.

Tierschutz, Umwelt- und Klimapolitik – das sind die Säulen von Evas politischem Wirken. Dazu gibt es in ihrer bayerischen Heimat viele Baustellen: Ausbau des Münchner Flughafens, der Transrapid, neue Regionalflughäfen, drei Atomkraftwerke, der Atomforschungsreaktor FRM2, Anbauflächen für genmanipulierte Pflanzen, Gletscherschmelze auf der Zugspitze, Ausbau der Donau.

Die gelernte Schlosserin aus Ingolstadt ist jetzt Vizechefin im Umweltausschuss

Vor ihrer Wahl zur Abgeordneten 1994 – und während ihrer bundestagslosen Zeit – war die gelernte Schlosserin in der Spinnereimaschinenfabrik Rieter in Ingolstadt be-

schäftigt. Von ihren Kolleginnen und Kollegen wurde Eva in den Betriebsrat gewählt. Dort war sie für Umweltschutz und Gefahrstoffe verantwortlich. »So hat es sich ergeben, dass ich Umweltpolitikerin geworden bin. Neben dem Tierschutz ist mir das eine Herzensangelegenheit.« Bei ihrer ersten Rede im Bundestag hat so mancher Abgeordnete lange Ohren bekommen, als Eva im besten Bayerisch loslegte. Den Umweltausschuss hat sie unter zwei Regierungen erlebt: Kohl und Schröder/Fischer und jetzt die dritte mit der großen Koalition. Im Blick zurück stellt Eva fest: »Es ist schon erstaunlich, wie die Kolleginnen und Kollegen reden, wenn sie keine Regierungsverantwortung haben, und was sie nicht tun, wenn sie etwas tun könnten.«

Dieses »Man kann etwas tun und muss etwas tun« treibt sie um. Eva tut das, weil »alles mit allem zusammenhängt und wir zur Rettung unseres Klimas an ganz vielen Stellschrauben drehen müssen«. Dafür

sucht sie Verbündete und ist deshalb so umtriebig. Und stets überzeugt sie eine Journalistin oder einen Journalisten der örtlichen Zeitung, sie zu begleiten. Evas Wahlkreismitarbeiter Bruno Engelhardt zeigt eine stattliche Sammlung mit Artikeln und sagt: »Die Menschen müssen doch erfahren, was die Abgeordnete hier so treibt.«

Beispielsweise informiert sie sich im Fußbergmoos im Landkreis Fürstenfeldbruck, wie gut artgerechte Tierhaltung und Naturschutz unter einen Hut gebracht werden. Die im riesengroßen Gehege freilebenden Auerochsen hätte Eva gerne gestreichelt. Die Begleiterin rät vom Annäherungsversuch ab. In der Lokalpresse ist tags darauf zu lesen, das sei »der erste Auftritt einer sozialistischen Parlamentarierin im Landkreis« gewesen. Der CSU-Landrat Thomas Karmasin zeigt sich vom »Auftritt« der Umweltpolitikerin »angenehm überrascht«. Eva verhehlt nicht, dass sie den Landrat sympathisch findet. »Er war erstaunt, dass ich bayerisch rede.« Bei den realen Machtverhältnissen müsse eine Linke in Bayern eben auch mit CSU-Politikern reden. Zumal, wenn es um regionale Veränderungen geht. »Klar, die Umweltpolitik und die Klimakatastrophe sind auch für die CSU zum Thema geworden. Eine Volkspartei muss sich diesen Problemen zuwenden.« Der Landkreis Fürstenfeldbruck möchte bis zum Jahr 2030 auf eigenen Energiefüßen stehen. Deshalb redet sie mit dem Landrat, um zu erfahren, wie über Bundesgesetze solche Vorhaben zu flankieren sind.

Bulling-Schröter will sich vor allem für Biobauern einsetzen

Sie redet auch mit Tim Brand und Thomas Kaiser in Denkendorf, einer Ortschaft im Altmühltafel. Brand ist Biobauer und baut nachwachsende Rohstoffe an. Sein Freund Kaiser betätigt sich als Tüftler und gründete die Vereinigten Werkstätten für Pflanzentechnologie. Die zwei regen sich darüber auf, dass die Bundesregierung Rapsöl besteuert. Geduldig hört Eva dem Biobauer und dem Unternehmer zu. Gemeinsam werden Argumente gesammelt, wie die Steuer zu Fall gebracht werden kann.

Um gegen den Donauausbau zu protestieren, war Eva an Christi Himmelfahrt an der deutsch-österreichischen Grenze in Niederaltaich beim 6. Donaufest. Ein Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2002 besagt, dass es zu keinem Donauausbau mit Staustufen kommen soll. Und nun hat ein Raumordnungsverfahren der Regierung

von Niederbayern für den »Brutalausbau« plädiert, ruft sie zornig aus. Für die gerade stattgefundene Tour durch Bayern mit zehn Veranstaltungen zum Klimaschutz war das Fest eher Erholung. »Quer zum Tag« schiebe sie die globale Erderwärmung inzwischen vor sich her: »Morgens beim Landrat, mittags in einer Einrichtung oder einem Betrieb und abends im Wirtshaus bei der Versammlung.« Das interessiert die Menschen und selbst in kleineren Gemeinden kommen 30, manchmal 40 Leute ins Wirtshaus«, erzählt Eva auf dem Münchener Marienplatz.

DIE LINKE besuchte mit der Info-Tour 31 Städte in 28 Tagen

Hier zeigt DIE LINKE Flagge und macht als »Fraktion vor Ort« Station in der Landeshauptstadt. »Wow, eine echte Abgeordnete«, staunt ein jüngerer Mann und fügt leise »Die schaut ja ganz fesch aus« hinzu. Das mag an Evas Struppelhaarschnitt liegen, mit dem sie als Frontfrau in einer Popband eine gute Figur abgeben würde. Der Himmel über München zeigt sich im schönsten Blau mit weißen Wölkchen. Das scheint auch die Passanten sanft zu stimmen. Kaum jemand kommt an den Stand, um zu meckern. Als ob sie sich abgesprochen hätten, machen überwiegend ältere

Menschen ihrem Ärger über die Rentenpolitik der Bundesregierung Luft. »Ich sammle jetzt von meinem Stammtisch die Rentenerhöhungen ein und dann schalten wir eine Anzeige ›Das nächste Mal LINKE wählen im VdK-Blatt«, sagt ein Rentner. Der nächste fordert Eva auf, die neue Linke müsse der SPD das Soziale ganz wegnehmen. »Nennt euch doch DSL – Die Soziale Linke«, rät er. Ein anderer möchte wissen, wo es DIE LINKE in München lebhaftig gibt und ob er als Gast reinschauen darf.

Am Abend geht's zur elften Klimaveranstaltung. Im Münchener Gewerkschaftshaus betont Eva, dass »wir alle, aber auch alle umdenken müssen«. Es sei bereits 30 Sekunden vor 12 und eine der Hauptaufgaben der LINKEN sei es, die Bundesregierung in Sachen Klimaschutz vor sich herzutreiben. »Es gibt Reformen, die kosten nichts – zum Beispiel das Tempolimit.« Und mit einer Sondersteuer auf die astronomischen Gewinne der Energiekonzerne ließe sich auch eine Menge bewegen. Ihr ist wichtig zu betonen, »dass die Ökologie auch eine soziale Komponente hat. Wenn Staaten wie die Niederlande oder Bangladesch absaufen, haben wir hier 10 Millionen oder 200 Millionen Menschen mehr. Fragt dann noch jemand, ob wir mit den sozialen Kosten klarkommen?« *Günter Frech*

Der Bus der Linksfraktion steht bei der Info-Tour am 18. Mai 2007 auf dem Münchener Marienplatz



Foto: ddp



Al Gore: Mister Maybe

Einstiger US-Vizepräsident agiert als Umweltaktivist

Der Mann ist mächtig – im doppelten Wortsinne. Sowohl körperlich als auch geistig. Und das, obwohl er bislang hauptsächlich als ewiger Zweiter – zumindest als Politiker geglänzt hat. Wenn, und dieses Wenn wird zurzeit als einer der folgenschwersten Konjunktive im US-amerikanischen Wahlkampf gehandelt, wenn also Al Gore, nach seinen Niederlagen von 1988 und 2000, erneut ins Rennen um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika ginge, dann hätte er zumindest schon bei seinen spanischsprachigen Wählern, den »Hispanics« – einem immer wichtiger werdenden Teil in der US-amerikanischen Gesellschaft – ziemlich sicher einen Spitznamen weg. Aus Al Gore könnte »El Gordox« – der Dicke werden. Als er die Suite betritt, in der unser Interview stattfindet, beeindruckt er aber nicht in erster Linie durch seine Leibesfülle, sondern durch seine ebenso gewichtige Persönlichkeit. Sein Blick ist scharf und wach – das Wort »Jetlag« existiert wahrscheinlich in seinem Vokabular nicht – das Lächeln ist manchmal geradezu verschmitzt und die Grundhaltung ausgesprochen freundlich.

Unser Gespräch im noblen Berliner Adlon fand vor dem jetzigen Hype statt. Vor der

Oscar-Verleihung für den Dokumentarfilm »Eine unbequeme Wahrheit«, der im Grunde genommen wenig mehr ist als eine dramaturgisch und visuell etwas aufgepeppte Version des Diavortrages, mit dem Al Gore seit Jahren durch die Welt tourt. Vor der Nominierung für den Friedensnobelpreis und vor der Bekanntgabe Gores, er wolle mit Live Earth das größte Benefiz-Konzert der Welt veranstalten – offensichtlich nach den Vorbildern der Live AID und Live 8 Konzerte, die sich für den Schuldenerlass in Dritte-Welt-Ländern einsetzen. Angeichts der Medienwirksamkeit, die Al Gore mit seiner Klimathematik gerade auf sich zieht, dürften die anderen Gutmenschen-Stars Bob Geldorf und Bono vor Neid fast ein bisschen blass werden. Der Mann ist momentan ebenso »hot« wie die sich erwärmende Erdatmosphäre. Das im Juli stattfindende Konzert wird ein Millionenpublikum erreichen.

Äpfel oder Birnen?

Al Gore weiß, dass er es als Politiker – selbst als Präsident – nicht leicht hätte, seine Umweltansichten in die Tat umzusetzen. Da müsste er wahrscheinlich kompromissbereiter sein als jetzt. Dennoch: »Ich bin mir

vollkommen im Klaren darüber, dass man als Präsident die mächtigste und potentiell einflussreichste Position in der Welt innehat.« Spricht so einer, der es nicht noch einmal versuchen würde, eben dieses Amt innezuhaben? Einer, der weiter sagt: »Ich glaube sagen zu können, dass, wäre ich Präsident geworden, ich in der Lage gewesen wäre, bestimmte Veränderungen, die dringend nötig sind, in die Wege zu leiten.«

So spricht aber auch einer, der weiß: »Wahr ist auch, dass man als Präsident sehr viele Verpflichtungen gegenüber allen Bedürfnissen seiner Wählerschaft hat. Dass man sich mit all ihren Problemen auseinandersetzen muss, schließlich haben sie ein Recht darauf. Wäre ich heute Präsident, säße ich nicht hier, sondern würde Statements formulieren, telefonieren und wahrscheinlich noch viele andere Dinge machen, als Reaktion auf die Nukleartests in Nordkorea. Stattdessen werde ich heute in Berlin einen Vortrag über die Klimaerwärmung halten. Ich kann mich auf eine einzige Sache fokussieren, und das hat auch Vorteile. Es ist eine andere Art von Einflussnahme. Ein wenig, als würde man Äpfel mit Birnen vergleichen.« Fragt sich, worauf er in Zukunft mehr Appetit haben wird.

Bei den Fakten macht Gore keiner was vor

Vielleicht ist er jetzt so erfolgreich, weil er seine wahre Leidenschaft entdeckt hat. Als er seinen damals sechsjährigen Sohn fast bei einem Autounfall verlor oder seine Schwester an Lungenkrebs starb – und er den Tabakanbau auf der väterlichen Farm auf einmal mit anderen Augen sah. Da gab er seinem Leben einen neuen Sinn und den Vereinigten Staaten von Amerika einen neuen, privaten Angreifer auf die herrschende Politik. Dass ihn noch keiner öffentlich als »Fundamentalisten« bezeichnet hat, ist eigentlich verwunderlich. Doch selbst seine erbittertsten Feinde können ihm nicht vorwerfen, er sei zeitgeistmäßig auf den Umweltzug aufgesprungen. Schon als Student in Harvard war er an dem Thema dran. Bei den Fakten macht Gore keiner was vor.

Ob er glaubt, dass die Tatsache, dass er Politiker war, in irgendeiner Form Einfluss auf seine jetzige Glaubwürdigkeit hat? Ja, das glaubt er: »Die Leute wissen, dass ich schon seit 30 Jahren dieselbe Geschichte erzähle. Sie wissen, wie sehr ich mich in Kioto engagiert habe, wie viele Senatsanhörungen ich einberufen habe. Dass ich mich vor Ort, am Nord- und Südpol, im Amazonasgebiet und in Tschernobyl informiert habe. Das gibt meinen Aussagen ein gewisses Gewicht. Und ich brauche dieses Gewicht, denn ich bin kein Wissenschaftler. Ich interpretiere nur, was die Wissenschaftler in den letzten vierzig Jahren erzählt haben.«



Die Dokumentation über das Klima-Engagement von Al Gore gewann 2007 den Oscar



Im Mai kam sein Buch »Der Anschlag auf die Vernunft« heraus. Eine Analyse über den Machtmisbrauch politischer Mechanismen vornehmlich mit Ängsten der Wähler, der zu einer vernunftfeindlichen Atmosphäre führt. Sicher auch eine Abrechnung mit George W. Bush. Dem Titel nach könnte es aber auch so etwas wie eine Attacke sein. Sieben Jahre nach seiner Niederlage gegen den Texaner. Wäre das ein Wunder? Die Sieben Weltwunder stehen ja zurzeit auch im Internet zur Neuwahl, und selbst wenn der Maestro sich noch bedeckt hält – andere übernehmen bereits die Initiative. Unter www.al Gore.org organisieren sich die Jünger des neuen Umwelt-Messias zu Gore-Gruppen, die ihre verheißungsvoll prophezeite Kampagne seiner Person unterstützen. Da kann man aktiv volontieren oder passiv spendieren – fragt sich, was daraus wird, wenn Al Gore NICHT kandidiert?!

Möge die Macht mit ihm sein?

Immerhin ist sein Name schon zum Synonym für eine Sache geworden. Al Gore hat sich sein eigenes »Mutter-Theresa-Mandat« in Sachen Rettung der Umwelt ausgestellt. Da mobilisiert einer die Massen und kommt dabei mächtig voran und ins Schwitzen. Man würde an seinem Körperrumfang sehen, ob er noch mal kandidieren würde, ließ seine Wahlkampfmanagerin von 2000 verlauten. Denn ganz so unbegrenzt an Möglichkeiten ist »God's own Country« ja bekanntlich doch nicht. Es bleibt also abzuwarten, ob der mächtige »Hollywood Al«, wie er inzwischen auch gern genannt wird, noch einmal versuchen möchte, ob die Macht mit ihm ist. Vielleicht steckt der Mann auch schlicht in einem moralischen Dilemma. Vielleicht kämpft Al Gore insgeheim einen politisch-menschlichen Interessenkonflikt aus: Bei den Weight Watchers wird man schließlich für höheren Energieverbrauch belohnt.

Bettina Peulecke

Informationsangebot der Linksfraktion

Newsletter der Fraktion

Für Interessierte und Sympathisanten bietet die Fraktion diverse Newsletter an. »Die Doppelspitze« und unsere thematischen Newsletter zur Sozialpolitik, zu Finanzen und Steuern, zu Familie, Jugend und Senioren oder zur Europäischen Union erhalten Sie monatlich bzw. einmal im Quartal bequem per E-Mail. Neugierig? Dann abonnieren Sie noch heute unter www.linksfraktion.de/newsletter.php



Vierteljährlich bündelt der **querblick** Informationen über parlamentarische Initiativen der Linken zur Gleichstellung von Frauen und Männern. In jeder Ausgabe gibt es u.a. eine Debatten- und Schwerpunktseite.



Die Linksfraktion bietet wöchentlich einen Podcast auf ihrer Webseite an. Mitglieder des Fraktionsvorstandes äußern sich dabei zu aktuellen Fragen der Bundespolitik. Der im Studio des Parlamentsfernsehens aufgezeichnete Video-Podcast ist immer zwischen ein und drei Minuten lang. Der Podcast kann auch unter www.linksfraktion.de abonniert werden.



Cyberspace statt Schwarzer Kanal

Startseite von www.linksfraktion.de präsentiert sich seit Mai in neuem Layout

Selbst chinesischen Managern dürfte angesichts dieser Zuwächse ein Lächeln über ihre Lippen gleiten: Im Verlaufe eines Jahres hat sich die Zahl der Besucherinnen und Besucher auf www.linksfraktion.de verfünfacht. In gleichem Maße wie die Zugriffe wuchs auch das Angebot unterschiedlichster Inhalte, die mittlerweile abgerufen werden können. Hieraus resultierte eine nächste Herausforderung. Ob der zwanzigjährige Student oder dessen sechzigjährige Oma, ob die Dachdeckerin aus Neumünster oder der Bibliothekar aus Weimar: Alle sollen möglichst schnell auf www.linksfraktion.de einsteigen können und das finden, wonach sie suchen. Seit dem 1. Mai präsentiert sich die komplett überarbeitete Startseite des Onlineauftritts der Fraktion.

Schon lange ist das Internet nicht mehr nur der Ort, an dem kilometerlang bedrucktes Papier in Daten umgewandelt und mit der zweifelhaften Zukunft eines möglichen Abrufs zwischengelagert werden kann. Im Jahre 2007 ist auch nicht allein der in, der nur einfach drin ist. Denn drin sind irgendwie alle. DIE LINKE versteht das durchaus als einen Teil ihres Wählerauftrages: Jeder-

zeit möglichst sofort und umfassend über die Arbeit im Parlament informieren, Einblicke verschaffen, die selbst die gläserne Reichstagskuppel nicht hergibt. Dank immer schnellerer Internet-Anbindungen veröffentlicht die Fraktion vermehrt Audio- und Videoclips.

Zu einem Thema oder einer Rubrik bereits eine Vorauswahl der wichtigsten Website-Inhalte zu geben, ist ein Ziel der neuen Startseite. Sie setzt sich aus einzelnen Containern zusammen. Wie in einem Hafen kann jeder dieser Container von der Onlineredaktion auf den für ihn vorgesehenen Platz gehievt werden. Vier dieser Container gehören zur Grundausstattung der Startseite: Pressemitteilungen, Termine, Video-Podcast und Downloads.

Am 16. Juni 2006 ging der erste Beitrag des Video-Podcasts der Fraktion online. Seither haben die kurzen Video-Botschaften von Oskar Lafontaine, Petra Pau und anderen einen festen Sendeplatz im Onlineangebot auf www.linksfraktion.de. Jeden Freitag heißt es »Hier spricht die Opposition«. Die Videos können auf der

neuen Startseite direkt angesehen oder wie bisher bequem abonniert werden.

Ebenfalls abonniert werden können 18 thematische Newsletter zu Schwerpunkten wie Arbeits- und Sozialpolitik, Innen- und Rechtspolitik oder Umwelt und Energie. Zehn dieser Newsletter erscheinen monatlich. Komplettiert wird dieses Angebot durch »Die Doppelspitze«, den monatlichen Rundbrief mit Informationen aus dem Fraktionsvorstand.

Das Treiben der Bundesregierung ist leider überwiegend zum Heulen. Humor ist, wenn man trotzdem lacht, hat sich die Redaktion von www.linksfraktion.de gesagt und veröffentlicht mit »Angies Welt« die erste Comicserie einer Bundestagsfraktion überhaupt. Spätestens an dieser Stelle dürfte sich der imaginäre Staub der vermeintlich alten Staatspartei, den kalte Krieger immer wieder einmal aufzuwirbeln suchen, in nichts auflösen. Fakt ist: DIE LINKE ist in vielen Fragen die einzige Oppositionskraft im deutschen Parlament. Diesen Weg wird sie weiter konstruktiv und gleichsam konsequent beschreiten – auch im Internet. *Martin Icke*

Faktion DIE LINKE. im Bundestag – Für eine neue soziale Idee

http://linkfraktion.de/

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Für eine neue soziale Idee.

Heute, 30. Mai 2007

Fraktion, Newsletter, Themen A-Z, RSS, Archiv, Kontakt

HOME POLITIK THEMEN ABGEORDNETE FRAKTION PRESSE SERVICES

UMFRAGE **ERGEBNISSE**

?? Würden Sie bei friedlichen G8-Protesten mitmachen?

Ja Nein Egal

PRESSEMITTEILUNGEN

30.05.2007 Werner Driebus Tag des Bürgerschutzes ohne Bundesregierung 30.05.2007

Kabin Kuntz Kampf gegen Thapin ist gesellschaftliche Aufgabe

Ulrich Jäger Keine demokratiefreien Zonen in Heiligendamm

Lukasine Jostings

Schluss der Gegenstandsdiskussion über Solidarneschenrat

Klaus Ernst Verdi streikt auch gegen die Bundesregierung

Volker Schmid SPD hat Rentenfermel verstärkt

29.05.2007 29.05.2007

TERMINE

31.05.2007 Internationaler Tag der Vereinten Nationen Weltnachtrauchtertag

TV N24 Petra Pau

23:30 Studio Friedman:

03.06.2007 04.06.2007 05.06.2007 13.06.2007

TELEKOM

Verdi streikt auch gegen die Bundesregierung

Als größter Aktionsrat trug der Bund sehr wichtig Verantwortung für das operative Konzerngeschäft. Offenbar kann sich Herr Obermann darauf verlassen, dass ihm die Bundesregierung für seine Kehrtwagpolitik den Rücken frei hält. „Das Fazit von Klaus Kuntz ist, dass die Gewerkschaften in der Krise beweisen, dass sie eine „einen Staat in einer Ordnung“. DIE LINKE. solidarisiert sich mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Telekom und nicht mit den Rentenjägern, ob sie nun an der Börse oder in der Bundesfinanzverwaltung sitzen.“ ► **MEHR**

Klaus Ernst: Bundesregierung ignoriert Menschenrechte im Raum der Telekom (N24)

Ulrich Jäger: Kein Anschluss unter dieser Nummer

Kornelia Höller: Solidarität mit den Streikenden der Telekom

Werner Driebus: Entlassungen im Telekomkreis sind ein Skandal

WORTLAUT

Mehr Fragen als Antworten

Das „Sozialwort“ ist von der großen Bühne verschwunden. Böse Zungen meinen, es wurde nur ein Deutungswort, das noch sehr so ähnlich aussahen konnte, so dass es über die Bühne ging. Denn die damals von den Kindern der Kanzlerin Gysi als „einen Staat in einer Ordnung“ bezeichnete Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Und die von der Politik immer wiederholten „alternativen Alternativen“, wie stereotyp behauptet wird, sind häufig pure Brandbeschleuniger. Demokratieverlust greift um sich. In einem Gesteck für „evangelische Aspekte“ macht Petra Pau Beobachtungen zum Protestantismus. ► **MEHR**

UMFRAGE **ERGEBNISSE**

?? Würden Sie bei friedlichen G8-Protesten mitmachen?

Ja Nein Egal

PRESSEMITTEILUNGEN

30.05.2007 Werner Driebus Tag des Bürgerschutzes ohne Bundesregierung 30.05.2007

Kabin Kuntz Kampf gegen Thapin ist gesellschaftliche Aufgabe

Ulrich Jäger Keine demokratiefreien Zonen in Heiligendamm

Lukasine Jostings

Schluss der Gegenstandsdiskussion über Solidarneschenrat

Klaus Ernst Verdi streikt auch gegen die Bundesregierung

Volker Schmid SPD hat Rentenfermel verstärkt

29.05.2007 29.05.2007

TERMINE

31.05.2007 Internationaler Tag der Vereinten Nationen Weltnachtrauchtertag

TV N24 Petra Pau

23:30 Studio Friedman:

03.06.2007 04.06.2007

UMFRAGE **ERGEBNISSE**

?? Würden Sie bei friedlichen G8-Protesten mitmachen?

Ja Nein Egal

Seit Mai neu: Umfragen zu aktuellen Themen, an denen sich jeder User beteiligen kann.

TERMINE

31.05.2007 Internationaler Tag der Vereinten Nationen Weltnachtrauchtertag

TV N24 Petra Pau

23:30 Studio Friedman:

03.06.2007 04.06.2007

An dieser Stelle werden aktuelle Termine aufgeführt. Was passiert wo? Welche Abgeordnete nehmen an Veranstaltungen teil? Hier steht es.

AUDIO | Interview

27.05.07, Oskar Lafontaine: Deutsche wollen linke Politik / Interview der Woche auf Deutschlandfunk

Hier sind aktuelle O-Töne von Abgeordneten der Linksfraktion zu hören. In kurzen Statements äußern sich die Parlamentarier zu den wichtigen Themen.

VIDEO-PODCAST der Linksfraktion → Podcast abonnieren

VIDEO-PODCAST der Linksfraktion → Podcast abonnieren

Die Linksfraktion zeigt wöchentlich einen Video-Podcast. Mitglieder des Fraktionsvorstandes wenden sich zu aktuellen Themen an die Internetnutzer.

G8 spielt sich als Weltregierung auf

G8 ist immer noch besser als G1. Hieße das doch, dass die USA alles allein ohne jede Abstimmung entscheiden. Das wollte DIE LINKE. auf gar keinen Fall, betont Gregor Gysi in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum bevorstehenden G8-Gipfel. Es gibt keinen Beschluss der Vereinten Nationen, der das Auftreten der G8 legitimiert. Den Protest gegen G8 und die Forderung nach einer demokratischen Reformierung der UNO bezeichnet Gysi als legitim. ► **MEHR**

OSKAR LAFONTAINE: Merkel muss Forderung nach Gewaltverzicht zuallererst an Bush, Blair und sich selbst richten

ULLA JELPKA: Die Schnüffelei der Bundesanwaltschaft stinkt zum Himmel

03.05.07: G8-Anhörungen der Fraktion DIE LINKE. in Bad Doberan

UMFRAGE **ERGEBNISSE**

?? Würden Sie bei friedlichen G8-Protesten mitmachen?

Ja Nein Egal

PRESSEMITTEILUNGEN

30.05.2007 Werner Driebus Tag des Bürgerschutzes ohne Bundesregierung 30.05.2007

Kabin Kuntz Kampf gegen Thapin ist gesellschaftliche Aufgabe

Ulrich Jäger Keine demokratiefreien Zonen in Heiligendamm

Lukasine Jostings

Schluss der Gegenstandsdiskussion über Solidarneschenrat

Klaus Ernst Verdi streikt auch gegen die Bundesregierung

Volker Schmid SPD hat Rentenfermel verstärkt

29.05.2007 29.05.2007

TERMINE

31.05.2007 Internationaler Tag der Vereinten Nationen Weltnachtrauchtertag

TV N24 Petra Pau

23:30 Studio Friedman:

03.06.2007 04.06.2007

Gut erkennbar und immer aktuell stehen hier die politischen Schwerpunkte des Tages. Dem »Aufmacher« werden zudem ergänzende Verlinkungen angefügt.

Alle Publikationen der Fraktion, wie zum Beispiel die Zeitung »Klar«, das Magazin »Clara« oder Folder können hier als PDF heruntergeladen werden.



Die geachtete Vorsitzende

Vielen ist vielleicht die Existenz des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag bekannt, kaum aber seine Aufgabe und sein Nutzen. Die Vorsitzende dieses Ausschusses heißt Kersten Naumann und ist Abgeordnete der Linkenfraktion. Die Thüringerin hat sich als Spezialistin für Landwirtschaft in ein neues Gebiet eingearbeitet und sich inzwischen über alle Fraktionsgrenzen hinweg Anerkennung für ihre Arbeit erworben.

Wie kann man die Aufgabe des Petitionsausschusses kurz beschreiben?

Bitten und Beschwerden aus der Bevölkerung sind unser Metier. Immerhin sind es im vorigen Jahr über 20 000 Anliegen gewesen, die im Petitionsausschuss behandelt wurden. Der Ausschuss wird gern als Kummerkasten der Nation und politischer Seismograf der Gesellschaft bezeichnet. Es ist ein eher außergewöhnlicher Ausschuss, denn er stellt das Bindeglied zwischen Bürger und Bundesregierung dar. Wir erfahren als Erste, wenn ein Gesetz in der Praxis Mängel aufweist oder wenn eine Bundesbehörde wie z.B. Finanz- oder Arbeitsamt Fehl-

leistungen im Verwaltungshandeln offenbart. Der Ausschuss prüft die Anliegen und kann – so denn die mehrheitliche Koalition es will – der Bundesregierung die Leistung von Abhilfe empfehlen.

Mit welchen Anliegen und Problemen wird der Petitionsausschuss in der Regel konfrontiert?

Manchmal sind es ganz persönliche Dinge, wie Regelungen zu Medikamentenzuzahlungen, Anerkennung einer Berufskrankheit, Zuerkennung von Kindergeld oder Bafög. Oft kommen Leute ganz gezielt zu uns Politikern, um bestimmte Gesetze

verändert zu wissen. Allein zur Pendlerpauschale erreichten uns über 100 000 Protestnoten. Hauptschwerpunkte bei Petitionsanträgen waren Hartz IV und Rente. Aber auch Asylfragen und Tierschutz sind häufige Themen.

Wer kann sich denn an den Petitionsausschuss des Bundestages wenden?

Jeder kann das; auch Kinder, Ausländer, Inhaftierte, Bürgerinitiativen oder juristische Personen. Das Anliegen muss allerdings ein Problem betreffen, das nur auf der Bundesebene gelöst werden kann, also die Tätigkeit von Bundesbehörden, der Bundesregierung oder des Bundestages betrifft.

Auf welche Art und Weise reichen die Menschen ihre Petitionen ein?

Manche rufen an und wollen ihre Probleme am Telefon schildern. Das geht leider nicht. Das Petitionsverfahren ist ein schriftliches Verfahren, d.h. eine Petition kann entweder per Brief oder per Mausklick über ein Formular im Internet (www.bundestag.de) eingereicht werden. Inzwischen kommen bereits 10 Prozent als Online-Petitionen.

Welche Bedeutung haben die Termine von Ausschussmitgliedern vor Ort?

Jeder Abgeordnete hat die Möglichkeit, bei Anfragen von Petenten aus seinem Wahlkreis sich näher zur Sachlage zu erkundigen. Ich helfe Bürgerinnen und Bürgern in meinen Bürgersprechstunden z.B. in der Frage, ob und wie man eine Petition einreicht. Erst kürzlich führte ich ein Gespräch mit einer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben. Mir ist sehr daran gelegen, auch mehr Transparenz, insbesondere in Verfahren von öffentlichem Interesse, zu erlangen. Ortsbesichtigungen und öffentliche Anhörungen sind probate Mittel, damit Abgeordnete ins Gespräch mit den Petenten kommen. Unter meiner Ägide sind bereits vier Ortsbesichtigungen, darunter zur Schließung des Bombenabwurfpalatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide, und mehrere öffentliche Anhörungen u.a. zur »Generation Praktikum« und zum Nichtraucherschutz durchgeführt worden.



Nun ist die Vorsitzende des Ausschusses mit dir als Mitglied der Linkspartei mit einer Vertreterin der Opposition besetzt. Wie machst du denn deutlich, dass deine Meinung oft eine andere als die der Mehrheit der Ausschussmitglieder ist?

Ich bin als Ausschussvorsitzende zwar zur Neutralität verpflichtet. Trotzdem bringe ich mich als linke Politikerin ein, und das nicht nur bei den Abstimmungen. Die Petitionen werden ja von allen Ausschussmitgliedern votiert, und dabei wird die Fraktionszugehörigkeit schon sehr deutlich. Insbesondere durch meine Kollegin Heidrun Bluhm im Petitionsausschuss, ebenfalls von der Fraktion DIE LINKE., kann unsere Position zur Sprache gebracht werden. Darüber hinaus werde ich als Linke mit parlamentarischen Initiativen wirksam, so als Initiatorin der Großen Anfrage zu Bürgeranliegen und Petitionsrecht oder der Einbringung eines Petitionsgegesetzes noch in diesem Jahr.

Mit welchen Erfolgsaussichten werden Petitionen denn im Ausschuss behandelt?

Das höchste Votum, das eine Petition erreichen kann, ist die Überweisung an die Bundesregierung, um Abhilfe zu schaffen (zur Berücksichtigung oder Erwägung). Das heißt, ein Gesetz muss nochmals auf Änderungen hin geprüft werden. Allerdings geht die große Koalition sehr sparsam mit solchen Beschlüssen um, selbst bei Anliegen mit mehreren tausend Unterschriften. Oft werden durch die Mehrheiten der Regierungsvertreter Petitionsverfahren abgeschlossen.

Inwieweit macht solch eine Arbeit Spaß?

Auf meinen Schreibtisch kommen täglich viele Briefe, in denen es um die vielfältigsten Anliegen bis hin zu persönlichen Schicksalen geht. Da ist Spaß weit entfernt. Mich motiviert es jedoch, nach einer Lösung für die Betroffenen zu suchen.

Konnte denn der Ausschuss schon einmal in seinem beabsichtigten Votum umgestimmt werden?

Nur begrenzt. Aber ich habe erreicht, dass die anfängliche Ablehnung, Petitionen öffentlich übergeben zu lassen, nun gewichen ist. Jeder Antragsteller kann seine Petition auch persönlich abgeben. So erfahren die Menschen, die sich an uns wenden, eine höhere Aufmerksamkeit und Respekt.

Das Gespräch führte Frank Schwarz

Foto links: Als Vorsitzende beteiligt sich Kersten Naumann auch aktiv an allen Abstimmungen.

Was sind Petitionen?

Eine Petition bezeichnet eine Eingabe (Bitte oder Beschwerde) an eine zuständige Behörde oder an eine Volksvertretung. Es handelt sich meist um Sorgen und Nöte von Bürgerinnen und Bürgern zum Verwaltungshandeln von Behörden oder um Bitten, Gesetze zu ändern.

Womit befasst sich der Petitionsausschuss?

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ist sozusagen der »Kummerkasten« der Nation, denn staatliches und Verwaltungshandeln kann in der Praxis Mängel zeigen. Er hilft also bei Problemen mit Behörden und Einrichtungen, die der Bundesaufsicht unterstehen, oder nimmt Anregungen zur Bundesgesetzgebung entgegen. Gerichtliche Entscheidungen kann er jedoch nicht überprüfen. Einige Beispiele für die Themenvielfalt von Petitionen sind: keine Mehrwertsteuererhöhung, Recht auf ein Girokonto, gegen Nullrunden bei Renten, Kostenübernahme im Rahmen von Kranken- und Pflegeversicherungen, steigende Energiepreise, Verbraucher-, Daten-, Umwelt-, Lärmschutz, Migrations- und Asylverfahren, Praxis- oder Studiengebühren, Ortsumgehungen.

Wie reiche ich eine Petition ein?

Per Post oder Fax: Für die Einreichung müssen Sie Ihren Namen und Ihre Adresse angeben sowie die Petition unterschreiben. Die Petition ist zu richten an: Deutscher Bundestag, Petitionsausschuss, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefax 030/22736027

Per Online-Formular: Alle Menschen, die über eine E-Mail-Adresse verfügen, können unter www.bundestag.de/petitionen eine Online-Petition einreichen. Nur Ihre Adresse muss angegeben werden. Eine Unterschrift entfällt.

Öffentliche Petition: Haben Sie ein Anliegen von allgemeinem öffentlichem Interesse? Dann können Sie per E-Mail unter Verwendung eines Formulars (unter www.bundestag.de/petitionen) eine »öffentliche Petition« einreichen. Nach entsprechender Prüfung kann die Petition dann ein eigenes Diskussionsforum im Internet erhalten und von anderen unterstützt werden. Ein Rechtsanspruch auf eine Behandlung als öffentliche Petition besteht allerdings nicht.



Foto: dpa

Geballte Faust als Markenzeichen

Der Mythos des italienischen Arbeitervereins AS Livorno und seines Kapitäns erreicht die Fraktion DIE LINKE

An den Eingängen des maroden Backsteinstadions werden den Fans ihre roten Fahnen abgenommen. Ein Mann im grünen Parka flucht wütend, in wenigen Minuten beginnt das drittletzte Saisonspiel gegen Genua. Es geht um alles, drei Punkte müssen her – im Kampf gegen den drohenden Abstieg. Doch die Einlasskontrollen sind streng. Grimmig dreinschauende Carabinieri kassieren auch die Che-Guevara-Wimpel und die Flaggen der Rifondazione Comunista ein. Das Symbol der italienischen Schwester der Linkspartei PDS war bislang in der Nordkurve des AS Livorno allgegenwärtig. Denn der toskanische Erstligist ist nicht nur ein Sportverein. Der Club ist eine der wenigen linken Bastionen im Fußballzirkus der italienischen Serie A. Bis nach Deutschland hat sich das Fußballmärchen herumgesprochen, die Geschichte von dem Kleine-Leute-Verein, der den Millionärsklubs und Berlusconis AC Mailand die Stirn bietet.

An diesem Freitagabend spielt Sampdoria Genua stark, vor 16 500 Zuschauern ist die Mannschaft aus Ligurien mindestens gleichwertig. Die Entscheidung fällt erst in der 71. Spielminute, als Livornos Filippini zum erlösenden 1:0 trifft und dem Club den dringend benötigten Sieg beschert. Der Klassenerhalt ist gesichert. Darüber freut sich auch der bekennende Italien-Fan Bodo Ramelow (DIE LINKE). »Der FC Livorno, seine Fans und seine Tradition bereichern die Serie A auch im nächsten Jahr«, so der 51-jährige Vize-Chef der Linkspartei.

Von der Tribüne erschallt die Hymne der italienischen Partisanen

In der Hafenstadt Livorno gehören die roten Fahnen praktisch zur lokalen Identität. Gleich neben der Werft gründete Antonio Gramsci 1921 die Kommunistische Partei

Italiens. Bei den Wahlen 2006 holten die linken Parteien unter den 150 000 Einwohnern über 70 Prozent der Stimmen. Doch gerade im Stadion wird es für die Livornesi immer schwerer, Flagge zu zeigen. Seit es im Januar auf Sizilien zu schweren Fan-Krawallen kam, sind in Italien Transparente, Megafone und politische Symbole auf den Tribünen strengstens untersagt. »Die harten Gesetze vertreiben die Leute aus den Stadien«, beschwert sich Mannschaftskapitän Cristiano Lucarelli. Er ist Sohn eines Hafenarbeiters, aufgewachsen in Livornos Armenviertel Shanghai und bekennender Kommunist.

Nur das Singen kann man seinen Fans nicht verbieten. Als das Team in den dunkelroten Trikots vor dem Spiel gegen Genua einläuft, wird auf den Rängen »Bandiera Rossa« angestimmt. Gefolgt von »Bella Ciao«, der Hymne der italienischen Partisanen. Gänsehaut garantiert. Aber was hat die Resistenza mit dem

Kampf des AS Livorno um Punkte und Tore zu tun? In Italien sind Fußball und Politik schon immer eng miteinander verflochten. »Forza Italia«, die Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, ist gar nach einem Stadionschlachtruf benannt. Zwar wurde der rechte Medienmogul 2006 an den Wahlurnen von Romano Prodis Linksbündnis geschlagen. Doch der Fußball bleibt weiter fest in rechter Hand. Berlusconi selbst ist Eigentümer des Serienmeisters AC Mailand, seine Getreuen wie Liga-Präsident Eduardo Galliani beherrschen den Verband. Über sein Medienimperium steuert der reichste Mann Italiens die Verteilung der Fernsehinnahmen. Noch in den neunziger Jahren hatten linke Fangruppen bei den Großvereinen in Mailand und Rom das Sagen, inzwischen dominieren rechte Hooligans dort die Stadien. »Der AS Livorno ist eine Art Gegenmodell«, sagt der Politologe Tomaso Tintor von der Universität Florenz, »ein bisschen echter Fußball inmitten der Korruption und der Geschäftemacherei in der italienischen Liga.«

Die geballte Faust zum kommunistischen Gruß

Tatsächlich widerspricht der Erfolg des Clubs aus der Toskana allen Regeln des modernen Fußballs, in dem Tore, Titel und Emotionen käuflich scheinen. Vierzig Jahre dümpelte der AS Livorno in den unteren Klassen, 2003 stieg er in die Serie A auf, in dieser Saison spielte der Verein erstmals im UEFA-Cup. Der Erfolg hat einen Namen: Cristiano Lucarelli. Der Stürmerstar ist der personifizierte Mythos des Clubs. Als der 32-jährige vor 14 Jahren Profi wurde, musste er zunächst die Stadt verlassen, weil Livorno nur über eine Amateurmännerchaft verfügte. Aus der Jugendnationalmannschaft flog er raus, weil er beim Jubel



nach dem entscheidenden Tor gegen Moldawien das Trikot ausgezogen und sein Guevara-Shirt gezeigt hatte. »Für mich ist der Che das Symbol für Freiheit und die proletarische Revolution«, kommentierte er später. Lucarelli tingelte durch Italien und Europa, mit dem FC Sevilla gewann er den spanischen Ligapokal. Doch dann stieg 2002 sein Heimatverein in die zweite Liga auf und der bullige Angreifer traf eine unglaubliche Entscheidung: Überraschend stieg er aus seinem gut dotierten Vertrag beim Erstligisten Turin aus und wechselte eine Liga tiefer – zum Außenseiter AS Livorno. Dort verdiente er rund 500 000 Euro weniger im Jahr: »Andere Spieler kaufen sich für das Geld eine Yacht oder einen Ferrari. Ich habe mir eben das Trikot des AS Livorno gekauft.« Die italienische Sportpresse dagegen spottete: Das ewige Talent wolle wohl zurück zu seiner Mama. Doch Lucarelli antwortete auf seine Weise: Mit 29 Treffern schoss er in seiner ersten Saison den AS Livorno fast im Alleingang zum Aufstieg. In der Serie A setzte er die Erfolgsgeschichte fort: Noch vor den internationalen Stars holte er sich auf Anhieb die Torjägerkrone. In der laufenden Saison liegt er mit 18 Treffern derzeit auf Rang zwei der Torjägertabelle. »In Livorno kann ich endlich der sein, der ich bin. Wir spielen für die Werftarbeiter, die die ganze Woche arbeiten und am Wochenende etwas Gutes sehen wollen«, erklärt Lucarelli den Durchbruch. Nach jedem Tor läuft er vor die Fankurve und reckt den jubelnden Fans die geballte Faust zum kommunistischen Gruß entgegen. Der Fußballverband reagierte mit saftigen Geldstrafen. Der Peppone des italienischen Fußballs musste dreimal mehr

zahlen als Paolo di Canio von Lazio Rom, der im Stadion gerne den Hitlergruß zeigt.

Natürlich sind große Vereine weiter hinter dem roten Bomber her. Schon im Sommer 2006 bot der Gazprom-Club Zenit St. Petersburg Lucarelli einen Drei-Jahres-Vertrag an, insgesamt sollte er neun Millionen Euro verdienen. Doch im letzten Moment machte der Lokalpatriot einen Rückzieher, Livorno stand kopf. Nun verdichten sich Gerüchte über einen möglichen Wechsel zum italienischen Meister Inter Mailand. Lucarellis Spielervermittler Carlo Pallavicino erklärt: »Er hat sich in den letzten vier Jahren in Livorno aufgerieben. Er braucht eine Pause.« Außerdem sei die kommende Saison angesichts von Lucarellis Alter seine letzte Chance.

Lucarelli selbst schweigt dazu. »Wir geben jetzt alles für den Klassenerhalt von Livorno, darum geht es«, ist der einzige Kommentar des Capitano. Niemand weiß, ob er in der nächsten Saison noch das legendäre dunkelrote Trikot mit der 99 tragen wird – wahrscheinlich nicht einmal er selbst. Aber dass der Stürmer es lange bei einem anderen Club aushalten wird, glaubt in der Toskana auch keiner. Selbst Spielervermittler Pallavicino sagt: »Spätestens mit 35 kommt er wahrscheinlich zurück nach Livorno.« Und hoffentlich bald auch nach Deutschland. Die Fraktion DIE LINKE. sucht zurzeit nach einem passenden Anlass, um den Stürmerstar einzuladen, verrät Fraktionsvize Bodo Ramelow. Die Livorno-Fans in der deutschen Linksfraktion können sich freuen. Damiano Valgolio/Ruben Lehnert

Kehrseiten des Profits

Ein britischer Lokführer, eine philippinische Mutter, ein südafrikanischer Aktivist und die Bürger einer bolivianischen Stadt: Sie kämpfen bereits gegen das, was uns auch erwarten könnte: den GROSSEN AUSVERKAUF. Der Regisseur des Films »Der große Ausverkauf«, Florian Opitz, hat fast fünf Jahre an diesem Dokumentarfilm gearbeitet.

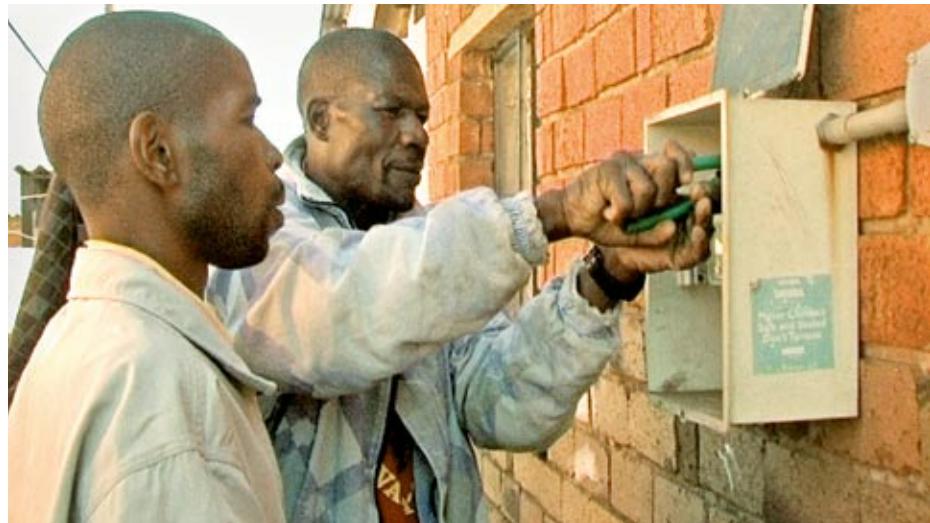
Für so ein Thema Geldgeber zu finden, ist sicher nicht einfach. Wie haben Sie das geschafft?

Als wir 2002/2003 Redaktionen in den Fernsehanstalten suchten, die Interesse an dem Film haben könnten, hagelte es zuerst nur Absagen. Als Argument bekamen wir zu hören, dass der jeweilige Sender bereits einen Film zum Thema Globalisierung gemacht habe und das müsse reichen. Wir hatten das Gefühl, dass man die Globalisierung als Modethema betrachtet hat, das bald wieder verschwindet. Das hat sich inzwischen grundlegend geändert.

Was hat sie motiviert, trotzdem nicht aufzugeben?

Noch vor fünf Jahren war das Thema Privatisierung wirklich ein Randthema der Gesellschaft, mit dem nur Insider etwas anfangen konnten. Inzwischen ist es immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt, so dass jeder damit etwas verbinden kann, und wenn es nur die ständig steigenden Stromrechnungen der vier großen Energieunternehmen sind. Wir wollten einen Film machen, der nicht nur die Perspektive derjenigen zeigt, denen die Privatisierung klar nutzt, sondern die Aufmerksamkeit auf jene richten, die davon in allen Teilen der Welt betroffen sind.

Regisseur Florian Opitz



Wenn im südafrikanischen Soweto die privatisierte Elektrizitätsgesellschaft armen Familien den Strom abschaltet, rücken Bongani und seine Freunde mit Schraubenzieher und Zange an: »Diese Menschen können sonst nicht überleben, denn auch die Heizung wird elektrisch betrieben.«

Sie haben sich in Ihrem Film ausschließlich den Menschen zugewandt, die von den Folgen der Privatisierung betroffen sind. Was sagen Sie zu dem Vorwurf, Sie hätten sich dem Thema nur einseitig genähert und nicht Argumente von Leuten aus der Wirtschaft berücksichtigt?

Bislang gab es keinen einzigen Film dieser Art, in dem sich Leute äußern konnten, die von den Auswirkungen der Privatisierung betroffen waren. Wir haben lange und ausführlich recherchiert – in etwa 100 internationalen Zeitungen der letzten 50 Jahre recherchiert – und nicht einen Artikel gefunden, in dem die Konsequenzen der Privatisierung auf die Bevölkerung eine Rolle spielte. Das war lange ein blinder Fleck bei den Medien. Allerdings wollte ich zusätzlich unbedingt auch jene Leute, die die Privatisierung vorantreiben, vor die Kamera bekommen. Konzernlenker und Vertreter internationaler Finanzinstitutionen wie z.B. des IWF. Wir hatten in fast fünf Jahren allerdings größte Schwierigkeiten, weil kaum jemand sich dazu offen äußern wollte. Verabredete Interviews mit Vertretern von IWF und Weltbank sind kurzfristig abgesagt worden. Zur Begründung hieß es plötzlich in Washington, ich sei eine gefährliche Person. Es war also nicht das Schwierigste, in Soweto in Südafrika oder im Slum auf den Philippinen zu drehen, sondern Menschen in den Hauptstädten dieser Welt vor die Kamera zu bekommen, die als Vertreter von Firmen oder Verbänden dazu Stellung nehmen wollten, warum sie die Privatisierung für ein geeignetes wirtschaftspolitisches Mittel halten.

Warum gibt es im Film keine Fallbeispiele aus Deutschland?

Wir hatten 2003 verschiedene Beispiele aus Deutschland recherchiert. Allerdings war die Privatisierung zu dieser Zeit hier noch nicht so weit vorangeschritten wie in anderen Ländern. Hier hätten wir höchstens ein paar Verträge abfilmen können. Die Ergebnisse der Privatisierungen sind aber oft erst nach Jahren wirklich zu greifen. Der Blick in andere Länder war in dieser Hinsicht also ein Blick in die deutsche Zukunft. Wir wollten die Bevölkerung eben sensibilisieren, genau hinzusehen und zu fragen, was passiert denn, wenn wir beispielsweise keinen direkten Zugang zum Wasser mehr haben. Da sind die im Film gezeigten Beispiele in ihren sichtbaren Auswirkungen deutlicher, als es hierzulande bereits zu beobachten wäre.

Wie wurde der Film bislang aufgenommen?

Überall, wo der Film bislang gelaufen ist, sind die Besucher im Kino sitzen geblieben und haben sehr lange Fragen gestellt und diskutiert. Egal ob in Hongkong, Schweden, Chicago oder Stuttgart. Es schien, als könnte jeder Zuschauer den Transfer von den im Film erzählten Geschichten aus verschiedenen Kontinenten zu seiner eigenen Situation problemlos herstellen. Da habe ich gespürt, dass sich der Aufwand und die Risiken beim Recherchieren und Drehen gelohnt haben.

Das Gespräch führten Frank Schwarz und Steffen Twardowski

»Der große Ausverkauf«

D 2007, 94 Minuten. Regie: Florian Opitz
Infos unter: www.dergrosseausverkauf.de

Staat macht Reiche reicher

Die Unternehmenssteuerreform der großen Koalition ist sozial ungerecht und gesellschaftspolitisch schädlich

Am 1. Januar nächsten Jahres soll in der Bundesrepublik wieder einmal eine Unternehmenssteuerreform in Kraft treten. Nachdem Rot-Grün seit 2000 Unternehmen und Bestverdienenden rund 23 Milliarden Euro jährlich Steuern schenkt, müssen diese sich bei der Reform der Großen Koalition geradezu »bescheiden«: Nach Berechnungen der Bundesregierung springen gerade fünf Milliarden Euro an Steuersenkungen für große, ertragstarke Unternehmen und Vermögende heraus – schließlich soll es bei der Reform, glaubt man dem Koalitionsvertrag, nur um eine »Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts« gehen. Sachverständige gehen allerdings davon aus, dass die steuerliche Entlastung deutlich höher ausfallen wird als von der Bundesregierung vorgegeben. Von jährlich 12 bis 15 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen ist hier die Rede.

Steuermehreinnahmen an verschiedenen Stellen schön gerechnet

Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Entlastungen durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und die Begrenzung des Einkommensteuersatzes für Unternehmer vom ersten Tag wirken und dauerhaft sind. Demgegenüber sind die Steuermehreinnahmen aus den Gegenfinanzierungsmaßnahmen an verschiedenen Stellen schön-gerechnet. So werden z. B. auf der Finanzierungsseite der Unternehmenssteuerreform Mehreinnahmen »aus der Sicherung des Steuersubstrats« in Höhe von rund 3,9 Milliarden Euro jährlich veranschlagt. Die Bundesregierung geht dabei

davon aus, dass durch ihre heilbringende Reform Unternehmen zukünftig verstärkt ihre Gewinne in der Bundesrepublik versteuern. Gerade dieses Vertrauen wurde bereits bei früheren Steuerreformen schwer enttäuscht. Beispiel Eichelsche Steueramnestie: Rot-Grün hatte allen Steuersündern, die ihre Kapitaleinkünfte beim Fiskus zuvor nicht angegeben hatten, Straffreiheit versprochen, wenn sie diese Einkünfte ab einem Stichtag angeben und ordentlich versteuern würden. Fünf Milliarden Euro Steuermehreinnahmen sollten dadurch in die öffentlichen Kassen fließen. Am Ende zählte man 1,25 Milliarden Euro. Statt Steueramnestie ist also bei zahlreichen Steuerpflichtigen bezüglich ihrer Kapitaleinkünfte auch weiterhin Amnesie angesagt.

Bundesrepublik ist schon jetzt kein »Hochsteuerland«

Von der sogenannten Strukturreform des Steuerrechts wird also nichts als eine massive Senkung der Unternehmenssteuern bleiben. So wird der Körperschaftsteuersatz um zehn Prozentpunkte auf 15 Prozent gesenkt. Dies kostet rund 12,5 Milliarden Euro jährlich. Mit dieser massiven Steuersatzsenkung wird der Körperschaftsteuersatz ab 2008 am unteren Ende der Skala aller EU-Länder liegen: Der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz der EU-Mitgliedstaaten alt beträgt 31,5 %, der EU-Staaten neu 20,5 % (Durchschnitt OECD 28,1%, Durchschnitt G7 36,5%). Diese Entlastung durch die Steuersätze ist dauerhaft und vor allem überflüssig. Die Bundesrepublik ist bereits aktuell alles andere als ein »Hochsteuerland«. Die effek-

tive Steuerbelastung von Unternehmen lag 2005 bei 16 %. Der Anteil der Gewinnsteuern (Erträge der Kapitalgesellschaften) am Bruttoinlandsprodukt lag 2003 in der Bundesrepublik bei 1,3 %. Zum Vergleich: Die OECD-Quote betrug 3,3 %, die der EU-19 3,1 %. Angesichts dessen kann man von der Bundesrepublik eher von einer »Steueroase« als einem »Hochsteuerland« sprechen.

Mit dieser massiven Senkung des Körperschaftsteuersatzes setzt sich die Bundesregierung außerdem an die Spitze des internationalen Steuerniedrigwettbewerbs. Allerdings wird dies – selbst wenn man dieser Standortlogik folgen wollte – nicht sonderlich erfolgreich sein, werben doch zahlreiche europäische Staaten für Ansiedlungen von Unternehmen nicht vordergründig mit der Höhe bzw. Tiefe des Steuersatzes, sondern mit steuerlichen Regelungen für spezifische Gestaltungsmodelle. Nicht umsonst sind die Niederlande in Europa Holdingstandort Nummer eins.

Angesichts der wachsenden Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, so wurde z. B. die Entfernungspauschale massiv eingeschränkt, sowie der Empfänger und Empfängerinnen von Sozialtransfers und der Anhebung der Mehrwertsteuer ist die Unternehmenssteuerreform nicht nur sozial ungerecht, sie ist gesellschaftspolitisch schädlich. Notwendig ist vielmehr eine Unternehmenssteuerreform, die Steuervorteile für Unternehmen abbaut, Schlupflöcher schließt und dadurch – statt Nettoentlastungen für Unternehmen – Steuermehreinnahmen für die öffentlichen Kassen sichert. *Daniela Trochowski*



Linke Gewerkschafterin mit Hoffnungen und Ambitionen

Fanny Zeise vermittelt zwischen Linksfraktion und Gewerkschaften und setzt auf Impulse für weitere Annäherung

Die Kontaktstelle Soziale Bewegungen, in der Fanny Zeise für die Fraktion DIE LINKE. arbeitet, ist einzigartig in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie ist Anlaufstelle für außerparlamentarische Bewegungen, Gewerkschaften, Initiativen und Vereine und zielt darauf ab, gesellschaftlichen Protest parlamentarisch zu unterstützen. Die Kontaktstelle wird geleitet von den Bundestagsabgeordneten Werner Dreibus, Nele Hirsch, Inge Höger und Katja Kipping.

Fanny Zeises Job ist es, Kontakte herzustellen und Dialoge zu initiieren. »Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit« nennt sie selbst ihre Tätigkeit. Ihre Zielgruppe sind die Gewerkschaften, denen sie die parlamentarische Arbeit der Fraktion zu erläutern versucht. Zugleich bemüht sie sich,

einzelnen Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion die Sichtweisen der Gewerkschaftszentralen zu erläutern. Als im letzten Jahr die Einzelgewerkschaften ver.di und NGG einen Mindestlohn von 7,50 Euro, die Fraktion DIE LINKE. aber 8 Euro pro Stunde forderten, berichtete die Presse vor allem über die unterschiedliche Höhe der Forderung. Fanny Zeise hingegen betonte gegenüber der Bundestagsfraktion und Gewerkschaften die Gemeinsamkeit. »Wichtig ist, dass wir zusammen einen gesetzlichen Mindestlohn fordern«, sagt sie.

Mit Corinna Genschel und Pedram Shahyar teilt sich Fanny Zeise ein Zwei-Zimmer-Büro Unter den Linden, vor dessen Fenster die Wachen der US-amerikanischen Botschaft patrouillieren. Während sich Corinna Gen-

schel um Erwerbsloseninitiativen, Antifa- und Umweltbewegung kümmert, pflegt Pedram Shahyar im Rahmen eines zeitlich befristeten Projekts den Kontakt zu globalisierungskritischen Bewegungen. Für Gewerkschaften ist alleine Fanny Zeise zuständig. »Wir bauen die Kontaktstelle zu einem wichtigen Instrument der Bundestagsfraktion aus«, sagt Genschel stolz und meint vor allem ihre junge Büropartnerin und sich selbst. »Konflikte können wir meist produktiv auflösen«, berichtet sie, die ihre junge Kollegin als »verantwortungsbewusst, zuverlässig und höflich« beschreibt.

Ihre Arbeit verrichtet Fanny Zeise nicht nur im Büro. Dass sie am 1. Mai an der Demonstration des Deutschen Gewerkschafts-

bundes (DGB) teilnimmt, ist für sie »eine liebgewonnene Tradition«. Mit einem Becher Kaffee in der Hand wartet sie vor der DGB-Zentrale auf den Beginn der Demo. Ein Emblem des DGB trägt sie nicht. »Gerne würde ich eine Fahne meiner Einzelgewerkschaft tragen«, sagt sie. Sie kennt die meisten Hauptamtlichen der Gewerkschaften, die ihr zum Gruß die Hand reichen und mit ihr plaudern. In diesem Jahr sei ihre Teilnahme allerdings »privat, nicht beruflich«, sagt sie, während sie wippenden Schrittes davoneilt, um Zeitungen der Linksfaktion an die Demonstranten zu verteilt.

Auf der Demo erzählte ihr ein Betriebsratsmitglied von DaimlerChrysler in Berlin, dass die IG Metall am nächsten Tag in Warnstreik treten werde. Am darauffolgenden Morgen stand Fanny Zeise vor dem Betriebstor und verteilte Solidaritätsadressen der Bundestagsfaktion an die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall. »Die Menschen freuen sich, wenn ihre Anliegen aufgegriffen werden«, erzählt sie. Dass die Bundestagsfaktion DIE LINKE. die Anliegen der abhängig Beschäftigten ernst nimmt, dazu trägt auch Fanny Zeise bei, etwa indem sie nach ihrem Besuch mehrere Bundestagsabgeordnete über die Stimmung unter den Streikenden informierte.

Entschieden für einen gesetzlichen Mindestlohn

Zu ihren Schwerpunktthemen zählt der gesetzliche Mindestlohn, für den DIE LINKE seit mehr als einem Jahr streitet. Von Beginn an prägte Fanny Zeise die Mindestlohn-Kampagne mit. Die Kooperation von Linkspartei.PDS, WASG und der Linksfaktion erfordert eine akribische Planung. Ein Kollege berichtet von gemeinsamen Sitzungen: »Sie selbst spielt sich nicht in den Vordergrund. Aber wenn es nötig ist, kann sie sehr entschieden sein.«

Als der Mindestlohn-Antrag der Linksfaktion im Juni 2006 im Bundestag behandelt wurde, lud Fanny Zeise Menschen in den Bundestag ein, deren Stundenlohn unterhalb des geforderten Mindestlohns von acht Euro brutto liegt. »Es hat mir impniert, dass sich diese Menschen öffentlich gewehrt haben«, erzählt sie. Nachdem er mit ihnen diskutiert hatte, bezog sich Oskar Lafontaine in seiner Rede auf die Gäste, die der Debatte von der Zuschauertribüne folgten. Die ARD-Tagesschau berichtete. »Das war ein Erfolg«, erzählt Fanny Zeise, in ihrer Arbeit gehe es schließlich darum, »mit Themen in die Medien zu kommen«.



Ob es auch vorkomme, dass sie als junge Frau nicht ernst genommen werde? Das älteste von vier Kindern überlegt einen Augenblick. Sie strafft ihr Kreuz. »Auch die Gewerkschaften haben gelernt, mit selbstbewussten, jungen Frauen umzugehen, auch wenn das bei Einzelnen etwas länger dauert.« Dem gewerkschaftspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Werner Dreibus, scheint diese Frage nicht unbekannt, postwendend verweist er auf Fanny

Zeises »extreme Kompetenzen«. Sie sei »sehr kommunikationsfähig« und verfüge »trotz ihrer Jugend über ein hohes Maß an politischer Erfahrung.«

Hoffnung auf eine Politisierung der Gewerkschaften

Wenn Fanny Zeise von einer erneuten Politisierung der Gewerkschaften schwärmt, strahlen ihre Augen, ihre Hände greifen Raum: »Die Gewerkschaften können wachsen, wenn sie ihre Daseinsberechtigung deutlich machen. Die drei vor dem Komma reicht nicht aus. Sie müssen sich um die Themen kümmern, die alle Beschäftigten betreffen, also auch Krieg und Frieden, Rassismus, Umweltschutz.« Für Linke seien die Gewerkschaften besonders wichtig, weil sie die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit vor Ort führen. Sie ist sich sicher: »Auch DIE LINKE muss sich in diesem Konflikt grundsätzlich auf die Seite der Beschäftigten stellen.« Möglicherweise meint Werner Dreibus diese Sichtweise, wenn er ihren »klaren gewerkschaftlichen Standpunkt« lobt. Dass sie keinen »Gewerkschafter-Sprech« benutze, aber ein »kluges, sehr politisches Verständnis« von Gewerkschaften habe, stellt auch Dreibus' wissenschaftlicher Mitarbeiter, Matthias Hinze, heraus.

Die Nähe zu Gewerkschaften ist ein Leitmotiv im Leben der gebürtigen Düsseldorferin: Ihr Vater ist Betriebsratsmitglied bei einer überregionalen Tageszeitung; ihre Mutter ist Mitglied bei ver.di, der auch Fanny Zeise angehört, seit sie 2001 in einem Call-Center jobbte. »Ich wäre auch als Schülerin Mitglied geworden, wenn ich gewusst hätte, dass das möglich ist«, sagt sie heute. Während ihres Studiums der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin absolvierte sie mehrere Praktika beim DGB. Sie bereitete die Demonstrationen vom 3. April 2004 mit vor, an der eine halbe Million Menschen teilnahmen, und initiierte ein Netzwerk junger Wissenschaftler und Gewerkschafter. Heiko Glawe, Referent für Wirtschaftspolitik beim DGB Berlin-Brandenburg, erinnert sich an die »gute Zusammenarbeit« mit ihr, die er als eine »engagierte linke Gewerkschafterin« beschreibt. Als Zeise ihre Diplomarbeit über die »Europäisierung von Tarifpolitik« schrieb, schwiebte ihr noch ein Job als Gewerkschaftssekretärin vor, am liebsten bei der IG Metall. Dann erreichte sie das Angebot der Linksfaktion, und sie sagte zu. »Diese Wahl habe ich noch nicht bereut«, lacht sie. **Ruben Lehnert**



Foto: Gregor Strutz

Auf den Spuren der Interbrigaden

Gesine Lötzsch lud junge Leute zu einer außergewöhnlichen Reise ein

Für viele ist ein Urlaub in Spanien nichts Besonderes. Millionen Deutsche haben dort schon ihre Ferien verbracht. Sie kennen die Costa Brava, die Rambla in Barcelona, vielleicht auch Gaudi und Dali. Doch wer war schon in Spanien auf den Spuren der Interbrigaden unterwegs? Dieses Glück hatten 13 Jugendliche. Sie gewannen den Wettbewerb »Zivilcourage – vereint«, welchen Gesine Lötzsch seit drei Jahren ausschreibt.

»Sie können diese Reise nicht buchen: Nicht bei uns, nicht bei TUI – nirgendwo. Sie können diese Tour nur gewinnen«, sagte Gesine Lötzsch zu einem Anrufer, der von unserer Antifa-Reise nach Katalonien in der Zeitung gelesen hatte.

Beim ersten Mal noch allein, die vorangegangenen beiden Jahre zusammen mit neun weiteren Bundestagsabgeordneten der Linkenfraktion. Die Jugendlichen hatten die Aufgabe, sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Vorgaben gab es nicht und so wurden Filme gedreht, Theaterstücke aufgeführt und Friedensfeste organisiert. Die Autorinnen und Autoren der besten Beiträge wurden mit einer Stu-

dienreise nach Katalonien prämiert. Klaus Singer war mit dabei und hat über die Tage in Spanien ein Reisetagebuch geführt:

29. März, Flughafen Schönefeld

Tinko hatte mit allen Gewinnerinnen und Gewinnern telefoniert, doch wir kennen keinen von Angesicht. Ich spreche einen jungen Mann an. Volltreffer. Es ist Tim aus Mecklenburg-Vorpommern. Wir machen uns untereinander bekannt und steigen in den Flieger.

In Barcelona werden wir von Pepe und Jordi empfangen. Pepe ist Präsident der »Erde der Brüderlichkeit«. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, an die Verteidigung der Spanischen Republik (1936-1939) zu erinnern. Jordi – Sohn eines katalanischen Interbrigadien – ist unser sachkundiger und temperamentvoller Reisebegleiter. Pepe erzählt beim Mittagessen etwas über die Franco-Zeit. Das Land ist in dieser Frage immer noch gespalten. Erst in den letzten Jahren hat sich so etwas wie eine Erinnerungskultur entwickelt. Das Thema kommt immer noch nicht in den spanischen Schulbüchern vor. Neben mir sitzt

Daniel (18). Wir unterhalten uns über seinen Geschichtsunterricht. Ich will wissen, was er über den Putsch in Chile, über die Sandinisten in Nikaragua, die Revolution in Kuba und natürlich über die Spanische Republik weiß. Daniel gibt zu, dass er in der Schule kaum etwas von diesen Ereignissen gehört hat.

30. März, Port-Bou

Ich esse wunderbare Sardinen. Die besten, die ich je gegessen habe: kross gebraten, mit viel Knoblauch und gutem Olivenöl. Vor allem sind sie ganz frisch. Nach dem Essen geht es zum Grab des Philosophen Walter Benjamin. Er liegt auf dem Friedhof von Port-Bou. Man sagt, er habe Selbstmord begangen. Eine Auslieferung an die Gestapo drohte, da nahm er sich das Leben. Vor dem Friedhof steht ein Denkmal für Walter Benjamin. Es ist eine rostbraune Metalltreppe, die zum Meer führt. Ein wirklich ungewöhnlich schönes Denkmal.

31. März, Argelès

Im Februar 1939 verlassen die Interbrigadien Spanien. Von der demokratischen



Miquel, ehemaliger Bürgermeister von La Vajol

französischen Regierung werden sie nicht mit offenen Armen empfangen, sondern am Strand von Argelès interniert. Es gab für die 100000 Menschen keine Unterkünfte, keine Toiletten, nur Stacheldraht. Unter den Insassen befanden sich Kinder und schwangere Frauen. Die 25-jährige Elisabeth Eidenbenz, die schon in Spanien als Krankenschwester geholfen hatte, holte die schwangeren Frauen aus dem Lager heraus. Sie ließ mit Spenden innerhalb von drei Wochen in größter Eile ein verfallenes Haus herrichten. Unter einem Dach waren Frauen aus 50 Nationen zusammen. Die ersten Wiegen waren alte Gemüsekisten.

1. April, La Vajol

In La Vajol, einem kleinen Ort in den Pyrenäen, empfängt uns der ehemalige Bürgermeister Miquel. La Vajol war der letzte Fluchort der Republikanischen Regierung. Miquel musste mit neun Jahren mit seiner Mutter seine Heimat verlassen. Er lebte lange Zeit in Belgien im Exil. Bei den ersten freien Wahlen nach Franco wurde er 1979 zum Bürgermeister gewählt. 20 Jahre hat er das Amt ausgefüllt. Der alte Bürgermeister, der unter Franco gedient hatte, verklagte Miquel nach seiner Amtszeit wegen angeblichem Amtsmisbrauch. Miquel wurde freigesprochen, doch er blieb auf den hohen Gerichtskosten sitzen. Die Entschädigung wurde bis heute nicht ausgezahlt. Die Frankisten wollten ihn mit juristischen Mitteln in den finanziellen Ruin treiben. Sie selbst wurden nie bestraft. Im Gegenteil, viele von ihnen sind immer noch in der Politik aktiv.

2. April, Barcelona – Corbera

Höhepunkt ist der Besuch des Ehrenfriedhofs für die ermordeten Spanienkämpfer in Barcelona. In einem Steinbruch ließ Franco nach dem Ende des Bürgerkrieges Tausende seiner Gegner erschießen. Am

Gedenkstein von Hans Beimler legt Gesine Blumen nieder. Dann geht es weiter in die Terra Alta, nach Corbera. Abends kommen wir kaputt in der Stadt an, essen Abendbrot und trinken in unserer kalten Wohnung eine Flasche Wein. Wir packen unsere Schlafsäcke aus und träumen vom sonnigen Spanien.

3. April, La Fatarella

In La Fatarella befindet sich der Ehrenhain für die Interbrigadisten, die bei der Ebro-Schlacht ihr Leben gelassen haben. Mehr als 100000 Menschen wurden getötet. Josep, der Bürgermeister von La Fatarella, fährt uns mit seinem Jeep zum Ehrenhain. Felix, Nicole, Ines und Rio dürfen auf einem Pick-up in die Berge fahren. Sie haben großen Spaß, die Fahne der Interbrigaden im Wind flattern zu lassen. Sie sind in dem gleichen Alter wie die Interbrigadisten vor 70 Jahren.

Pepe hat für uns ein Konzert der Gruppe »Gra Fort« organisiert. Es findet in einer kleinen Kneipe statt. Die Band hat eine große Anlage aufgebaut, obwohl es wohl auch ganz ohne Verstärker gegangen wäre. Die Musik heizt richtig ein. Gesine hält eineflammende Rede, die von Applaus unterbrochen wird, danach dröhnt die Musik, und kein Wort ist mehr zu verstehen.

4. April, La Corbera

Nach der Besichtigung des Bürgerkriegsmuseums bittet Anika den Leiter des Museums, uns die alten Schützengräben zu zeigen. Nach zwei Minuten hat sie ihn überzeugt. Er schließt einfach das Museum

ab und wir fahren zu den Schützengräben. Die sehen aus wie gut gemauerte Keller. Wir klettern auch in Höhlen, die von den Republikanern als Unterstand genutzt wurden. Kasim schlüpft in jeden engen Tunnel und kommt nach wenigen Minuten an einer anderen Stelle wieder rausgesprungen. Kasim geht nie einfach geradeaus. Er springt, klettert, ist oben und unten – unglaublich.

Am letzten Tag werten wir die Reise aus. Alle waren begeistert und wollen nächstes Jahr auf den Spuren des griechischen Widerstandskampfes mit dabei sein. Doch das geht nicht. Es wird noch dieses Jahr ein neuer Wettbewerb ausgelobt und nächstes Jahr werden wieder Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet eine Antifa-Reise erleben.

Zum Abschied gibt Gesine den Jugendlichen noch ein paar Worte auf den Weg: »Ihr seid privilegiert. 99 Prozent eurer Altersgruppe wissen weniger über die Spanische Republik, über Franco und die Interbrigaden als ihr. Erzählt euren Freunden von dieser Fahrt, von den Begegnungen und den Schicksalen.« Diese Aufforderung trägt bereits Früchte: Ines hat eine Veranstaltung in ihrer Hamburger Schule organisiert. Und vor ein paar Tagen rief mich Daniel an und erzählte mir, dass er seinen Geschichtslehrer gefragt habe, ob er im Unterricht einen Vortrag über die Spanische Republik halten könne. Der Lehrer stimmte zu, obwohl dieses Thema nicht im Lehrplan steht. *Das vollständige Tagebuch kann auf www.zivilcourage-vereint.de gelesen werden.*

Gesine Lötzsch am Grab des deutschen Spanienkämpfers Hans Beimler



Leserbriefe:

Sehr geehrter Herr Lafontaine,
es ist traurig, dass die Menschen von der Bundesregierung verraten und verkauft worden sind. Scheinbar müssen erst viele Tausende unmittelbar von der Armut bedroht sein, um sie aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken. Ich bin froh, dass es Menschen wie Sie, Herrn Gysi und die vielen Helfer der Linken gibt. Meiner Meinung nach ist es auch so, dass die Linke am ehesten dem Vorbild Christi nacheifert. Jesus, wenn er einer Partei beitreten wollte, würde die Linke wählen. Ich danke dem Herrn von ganzem Herzen, dass es Sie und Ihre Partei gibt. Der Herr segne Sie alle und gebe Ihnen allen die Kraft, diesen Weg weiterzugehen. Mögen alle betroffenen Menschen erkennen, dass es noch Hoffnung gibt, diesem menschenverachtenden System zu entkommen. *Josef Arnold, Bamberg*

Sehr geehrte Damen und Herren,
bitte machen sie weiter so Politik!
Nur so werden wir es eines Tages schaffen, gemeinsam stark zu werden!
Ich kann Sie leider nicht direkt wählen,
da ich Italiener bin! Aber ich werde Sie immer unterstützen, wo es nur geht.
Roberto Bertussin

Ja:

Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

TELEFON

E-MAIL

- Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE erhalten.
- Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

Bitte ausgefüllt senden an: Fraktion DIE LINKE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin



Gummibärchen gehören zur beliebten Kost vieler Abgeordneter der Linkfraktion im Bundestag. In Pausen des Plenums oder auch manchmal zwischendurch kommen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in einen Vorraum und greifen herhaft zu. »Für die Nerven wunderbar«, bekennt eine Abgeordnete. Inzwischen avancierte die »Gummibärchenstation« zum beliebten Treffpunkt, an dem vor oder nach wichtigen Reden Gedanken und Argumente ausgetauscht werden. An jedem Sitzungstag im Berliner Parlament verspeisen die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE einige hundert Gummibärchen. Dafür verzichten die meisten dann aber auch auf ein Mittagessen.

DD's CDs: Von Mey-Lyrik, Islam und Roter Fahne

Auf seiner 24. Studio-CD schildert Reinhard Mey sehr persönlich das Leben in diesem Land und sein eigenes. In filigraner Liederlyrik sind die dreizehn Songs des lang erwarteten Gitarrenalbums sparsam arrangiert (Stil: Jim Croce). So lassen sie Erzählkunst leben. Anspieltipps auf Track 11 ist »Kai«: ein zärtlich antiimperialistisches Lied, als wäre es für die Trauerfeier der Mitte Mai in Afghanistan getöteten drei Bundeswehrsoldaten geschrieben worden. Galt auch Mey wegen Massenpublikum nie als Prototyp des kritischen Liedermachers, er ist es! Und umso wirkungsvoller. *Reinhard Mey: »Bunter Hund«; EMI/Odeon*

Punk für Musikliebhaber – geht so was? Billy Talent kommt auf seiner CD »II« im Trash-Sound daher. Unter dem aggressiven Kostüm aber verbergen sich melodiöse Refrain-Diamanten, feinfühlige Stimmführung und Gitarrenriffs, von denen Daddy Cool nur träumen darf. Anspieltrack 6: »Fallen Leaves«. Außerdem: keine rote Fahne wurde je so geil besungen, wie die auf Track 2: »Red Flag«. Heisser Tipp: schnell zugreifen, bevor alle merken, dass Billy Talent ein Weltstar wird. *Billy Talent: »II«; Atlantic*

Der Mann ist über sechzig, aber seine Stimme hat immer noch den zartrauen Flau, für erogene Zonen von führenden Fachleuten empfohlen. Die Reagenzfläschchen mit Soundelixieren und eigenwilligen Ohrwürmern wurden ihm auch kein bisschen ranzig. Seitdem er nicht mehr »Cat Stevens« heisst. Und als »Yussuf« Islam glaubt. Und was wettern nun die Main-Strich-Jungs (und -Innen): Er habe sich ja musikalisch 30 Jahre lang nicht bewegt. Nur: Warum soll man sich bewegen? Wenn man seine Ruhe hat. Weil man das Auge eines Taifuns ist. Anspieltracks: 2+9. *Yussuf Islam: »Another Cup«; Polydor* Rezension: Diether Dehm

Die nächste »clarac« erscheint am 24. September.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG